

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 M. pro Woche, 3.60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 M. Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

## Neues Opfer der Mordpest

### Hafenkreuzer erschießen einen Arbeiter

Berlin, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Eine neue politische Missetat hat sich in der vergangenen Nacht in dem Vorort Sülz abgespielt. Ein 30-jähriger Kommunist, der von einigen Parteigenossen nach Hause begleitet worden war, wurde vor seiner Wohnung von vorübergehenden Nationalsozialisten erschossen. Er war sofort tot. Die Polizei verhaftete vier Nationalsozialisten, diese bestreiten aber die Tat. Es besteht kaum ein Zweifel, daß sie die Mörder des Kommunisten sind. Die Tat geschah ohne jede äußere Veranlassung. Der Ermordete war als besonders ruhiger und fleißiger Arbeiter bekannt, der politisch in keiner Weise irgendwie hervortrat.

#### Hafenkreuzerwache überall.

In Wien veranstalteten die Hafenkreuzer unter Führung des Reichstagsabgeordneten Dreher einen Fackelzug auf dem Münsterplatz, wo sie durch ihr Verhalten auf den Widerspruch des dort vorhandenen Publikums stießen. Das größte Befremden erregte die Beteiligung einer größeren Zahl höherer Schüler mit ihren Klassenmäßen an diesem Aufmarsch. Die Hafenkreuzer stürzten sich mit Gummiknüppeln und Lederzeug, teilweise auch mit brennenden Fackeln auf das Publikum, so daß sich die Polizei dazwischenwerfen mußte.

Technisches wird aus Ebingen im Anschluß an eine Versammlung berichtet, die der Fememörder Heines dort abhielt. Schon zu Beginn der Versammlung gab es infolge einer Schlägerei mit Kommunisten einige Verletzte, die sich nachher auf dem Podium mit verbundenem Kopf als Märtyrer vorstellten. Nach Schluß der Versammlung entwickelten sich in verschiedenen Straßen blutige Schlägereien, bei denen Messer, Schlagringe und Latentstücke eine Rolle spielten.

### Die Nazis kneifen.

#### Kein Reichsbannermann geht in ihre Versammlung!

Vom Geworftand des Reichsbanners wird uns geschrieben: Die NSDAP hat der Öffentlichkeit von einer angeblichen Einladung an das Reichsbanner zu einer Aussprache in einer Versammlung zwei Tage vor Stattfinden Kenntnis gegeben. Eine direkte Einladung ist bis heute noch nicht erfolgt. Trotzdem hat das Reichsbanner die öffentliche Einladung angenommen und in einem Schreiben an die NSDAP bestimmte Bedingungen gestellt. Eine Antwort ist darauf nicht eingegangen. „Der Angriff“ gibt das Schreiben des Reichsbanners nicht einmal seinen Lesern bekannt. Das Reichsbanner läßt über den Krieg nur Männer reden, die ihn kennen. Es setzt sich mit seinen Gegnern auseinander, wie es unter mit Vernunft begabten Menschen üblich ist. Es tadelt den Gegner nicht zu einer Aussprache ein, um ihn zu schröpfen.

Heute hat die NSDAP gekniffen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Kein Reichsbannermann geht heute in die Naziverammlung!

### Abrüstungskonferenz noch unbestimmt.

#### Noch keine Einigung. — Irak und Tanganjika.

Genf, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In nichtöffentlicher Sitzung des Rates wurde heute keine Entscheidung gefaßt über die Abrüstungskonferenz. Einzig wurde beschlossen, das Datum für die allgemeine Abrüstungskonferenz in dieser Ratsitzung zu bestimmen. Die vertrauliche Aussprache über den Vorschlag und den Ort der Konferenz wird heute nachmittags fortgesetzt.

In der öffentlichen Sitzung wurde der Bericht der Mandatskommission angenommen, wobei Henderson erklärte, daß die Frage der Beendigung des Irakmandats gestellt worden sei. Es sollte in nächster Zeit ein englischer Bericht über den Irak gegeben werden. Er schließt sich dem Bericht an, der die Mandatskommission auffordert, die grundsätzliche Frage der Beendigung eines Mandats weiter zu untersuchen.

Die Beratung der engeren Verwaltungsgemeinschaft zwischen dem Mandatsgebiet Tanganjika und den englischen Kolonien Kenia und Uganda wurde bis zur englischen Entscheidung über die Auskunftsforderung der Ratsitzung vom September 1930 vertagt. Die Aussprache über die Sklaverei in Liberia hat begonnen.

## Fall Bullerjahn und Reichsjustiz

### Der Haushaltsausschuß tagt wieder, aber unter sozialdemokratischer Leitung

Zur heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags waren die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder wieder erschienen, da heute der sozialdemokratische Abgeordnete Heimann den Vorsitz führte, der gestern infolge einer wichtigen Sitzung im Bezirksamt Wedding an der Leitung der Sitzung verhindert war.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß die Abgeordneten Rothmann und Dr. Rosenfeld gegen die ihnen gestern erteilten Ordnungsrufe Einspruch erhoben hätten. Der Vorsitzende erklärte, daß er auf diese Einsprüche in einer der nächsten

Wiederaufnahme des Falles Bullerjahn berufen habe. Er habe sich gründlich mit den Akten beschäftigt. Er müsse aber sagen, daß einzelne Bedenken nur formaler Art seien, das Materielle müsse aber entscheiden und das Ministerium sollte alles tun, um die Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens durchzusetzen.

Staatssekretär Joel erklärte zum Fall Bullerjahn, daß der frühere Verteidiger selber sich bereit erklärt habe, die Bereiterklärung des französischen Leutnants Jost zur Aussage herbeizubringen, daß er aber eine solche Erklärung niemals beigebracht habe. Als später Dr. Rosenfeld sich an den Oberreichsanwalt wandte mit der Bitte, diese Erklärung des Zeugen Jost und die Genehmigung der französischen Regierung beizubringen, habe der Oberreichsanwalt sofort erklärt, daß er dabei mitwirken werde, und es sei alles geschehen, um die französische Regierung auf dem Wege über das Auswärtige Amt zu veranlassen, ihre Genehmigung zu erteilen. Was an dem Justizministerium läge, würde geschehen, um Aufklärung des Falles herbeizuführen.

Abg. Köhler (Z.) erklärte für seine Fraktion, daß nach diesen Erklärungen des Staatssekretärs Joel für ihn keine Veranlassung bestünde, jetzt auf den Fall Bullerjahn einzugehen.

### Der Nazi-Vorsitzende

(Zu den Vorkommnissen im Haushaltsausschuß)



Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt...

Sitzungen zurückkommen würde. Der Ausschuß setzte alsdann die Beratungen zum Justizetat fort.

Nach einer Rede des Abg. Löwenthal (Komm.), der die Rechtsprechung des Reichsgerichts kritisierte, erklärte Staatssekretär Joel, daß er bei der Fülle der Einzelfälle, die vorgetragen seien, nicht auf die einzelnen angefochtenen Urteile des Reichsgerichts an dieser Stelle eingehen könne. Wenn behauptet werde, der Oberreichsanwalt gehe einseitig gegen die Kommunisten vor, so könnte ja gegen den Oberreichsanwalt Strafanzeige erstattet und Beschwerde beim Justizministerium eingereicht werden.

#### Die letzte Amnestie

habe sowohl den Rechtsradikalen wie den Linksradiakalen Straffreiheit gebracht. Bezüglich der durch das Reichsgericht festgesetzten Strafen sei die Amnestie überhaupt nur Linksradiakalen zugute gekommen, in Preußen 13 Feme- und Rechtsfälle und 3 Linksfälle, in Bayern 1 Rechtsfall und 10 Linksfälle. Die Amnestie habe ferner Niedererschlagung gebracht in 14 Links- und 10 Rechtsfällen, während 6 sich gegen Separatisten richteten. Eine neue Amnestie müsse abgelehnt werden.

Abg. Schmidt (Dp.) brachte den Fall Kürten zur Sprache und hielt es für taktvoll, schon jetzt für den Fall der Verurteilung Kürtens zu fordern, daß dieser nicht begnadigt, sondern hingerichtet werde.

Abg. Fischer (Dem.) unterstützte das gestern von Dr. Rosenfeld geäußerte Verlangen nach

#### Untersuchung des Falles Bullerjahn

auf dessen Aufklärung das Ministerium hinwirken müsse. Es sollte den Oberreichsanwalt veranlassen, sich für die Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens auszusprechen.

Abg. Stöcker (Komm.) kritisierte die Rechtsprechung des Reichsgerichts gegenüber Kommunisten, von denen nicht weniger als 66 in den letzten Monaten verurteilt worden seien.

Abg. Raht (Dp.) bestätigte, daß Abg. Dr. Rosenfeld sich mit Recht auf seine Zustimmung zum Verlangen der

### Vater und Tochter in den Tod.

#### Wieder eine Tragedie der Not.

Die Feuerwehr wurde heute mittag nach der Bülowstraße 22 alarmiert, wo in seiner Wohnung der 55-jährige Auktionator Hermann Schulmann und seine 30-jährige Tochter Regina durch Gas vergiftet, leblos aufgefunden wurden.

Die Samariter bemühten sich längere Zeit um die Gasvergifteten, jedoch blieben alle Rettungsversuche ohne Erfolg. Wie aus Abschiedsbriefen hervorgeht, hatte Schulmann in letzter Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Offenbar schon in den gestrigen Abendstunden schritt Sch. zur Ausführung der Tat. Als Hausbesitzer auf den Gasgeruch aufmerksam wurden, der den Treppenturm erfüllte, und die Feuerwehr riefen, war es bereits zu spät.

### Selbstmord im Eisenbahnkuppee.

Rathenow, 22. Januar.

In dem gestern Nacht von Berlin in Rathenow einlaufenden Zuge wurde ein Bremer Kaufmann mit einer Schußwunde in der Herzgegend tot aufgefunden. Neben dem Toten, der zusammengeknien in der Ecke des Abteils lag, lag die Waffe. Im Freund des Toten befand sich ein Brief an seinen Bremer Freund Dr. Schmidt, in dem er um eine stille, unauffällige Beisetzung in Bremen bat. Die Gründe für die Tat sind noch unbekannt.

### Zentnerschwerer Tresor geraubt.

#### Schwere Jungens bei schwerer Arbeit.

In seiner Wohnung in der Neuen Konigsstraße 19 hatte ein Oberregierungsrat in eine Zimmerwand einen Tresor einmauern lassen, der etwa 2 bis 2½ Zentner wiegt. Gestern nachmittag, als niemand in der Wohnung im zweiten Stock war, hörten die Untermieter plötzlich einen schweren Fall, schrien aber nicht weiter darauf. Als der Wohnungsinhaber abends gegen 8½ Uhr die Wohnung betrat, sah er, daß der Tresor aus der Wand herausgewuchtet und von unbekanntem Dieben entführt worden war. Niemand im Hause hat von dem Abtransport der gewichtigen Beute etwas gesehen. In dem Tresor befanden sich Ausweise, eine goldene Uhr, zwei Brillenringe, einige kleinere Schmuckstücke und ein Scheidbuch. Vermutlich hatten die Diebe einen Handwagen bereit, auf dem sie den Tresor abgefahren haben.

In eine Batteriestraße 87 sind in der vergangenen Nacht Geldschrankbrecher eingedrungen. Sie hatten die Tür mit einem Nachschlüssel geöffnet, knabberten im Büro einen Geldschrank auf und erbeuteten daraus 800 M. bares Geld, mit dem sie unbemerkt entkamen.



# Grimmes Antwort.

## Schülern ist jede staatsfeindliche Betätigung verboten

In Beantwortung einer nationalsozialistischen Kleinen Anfrage veröffentlicht der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Wortlaut einer Rundverfügung, die das Provinzialschulkollegium in Magdeburg kürzlich erlassen hat. Die Anordnung lautet folgendermaßen:

Jede staatsfeindliche Betätigung von Schülern ist verboten, sowohl inkriminierter als rechtsradikaler Art. In jedem Falle einer staatsfeindlichen Betätigung von Schülern (Zugehörigkeit zu staatsfeindlichen Organisationen, Teilnahme an ihren Veranstaltungen, staatsfeindliche Propaganda jeder Art) ist eine Untersuchung einzuleiten, über deren Ergebnis vor der Beschlusseckung der Lehrerkonferenz eine ausführliche unter Beifügung der Vernehmungsprotokolle zu berichten ist. Steht eine unzulässige Betätigung von Schülern verschiedener Anstalten in Frage, so ist vor der Einleitung der Untersuchung an uns zu berichten, damit durch entsprechende Anordnungen die gebotene Einheitslichkeit der Untersuchung und Entscheidung sichergestellt wird. Aus Gründen der Schulzucht ist es nicht angängig, den mündigen Schülern eine besondere Stellung im Schulleben einzuräumen. Vielmehr sind sie, auch wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben, allen von der Schule oder von der Schulaufsichtsbehörde erlassenen Anordnungen ohne Einschränkung unterworfen.

Schüler dürfen auch in Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten staatsfeindliche Organisationen nicht besuchen. Die Nichtbeachtung der von der Schule oder Schulaufsichtsbehörde erlassenen Anordnungen gefährdet die Schulzucht und die Autorität der Schule. In solchen Fällen kann die Schule die weitere Verantwortung für die Erziehung des Schülers nicht mehr tragen, muß vielmehr die Verantwortung hierfür den Erziehungsberechtigten überlassen. Demgemäß ist der Ausschluß des Schülers aus der höheren Schule zu erwägen.

Die weitere Frage, ob das Staatsministerium bereit sei, die Verfügung des Provinzialschulkollegiums rückgängig zu machen, wird vom preussischen Kultusminister verneint.

# Gerüchte um den Mord.

## Ergebnis der Obduktion: von hinten erschossen.

Trotz aller Nachforschungen der Mordkommission konnte das Verbrechen im Mercedes-Palast in Neufölln noch nicht weiter geklärt werden.

Zur Zeit verfolgt die Polizei eine ganze Reihe von Spuren; ob dabei allerdings mit einem Erfolg zu rechnen sein wird, bleibt abzumarten. In den gestrigen späten Abendstunden wollte Kriminalkommissar Johannes Müller noch einmal längere Zeit am Tatort, um einige Feststellungen, die auf Grund verschiedener Zeugenaussagen wichtig schienen, zu machen. Der Getötete soll trotz seines guten Einkommens in letzter Zeit in Geldschwierigkeiten gewesen sein. Da Schmoller jedoch nicht über seine Verhältnisse lebte, taucht neuerdings die Vermutung auf, daß der Geschäftsführer sich vielleicht in den Händen eines Erpressers befunden hat, der möglicherweise noch einem neuen mißlungenen Erpressungsversuch sein Opfer niederschoss. Auch die Stimmen wollen nicht verstummen, die noch immer an den Gedanken eines Selbstmordes Schmollers festhalten. Dagegen spricht natürlich der ganze Befund, denn der tödliche Schuß ist aus größerer Entfernung abgegeben worden und außerdem hat die Obduktion einwandfrei ergeben, daß Schmoller von hinten erschossen worden ist. Die Kugel drang in den Hals ein, zerriß die Schlagader und blieb im Herzbeutel stecken. Dadurch hat auch die gleich zu Anfang der Untersuchung gemachte Annahme, daß Schmoller sitzend erschossen worden ist, ihre Bestätigung gefunden. Das ganze Haus ist übrigens abgesehen worden, nirgends hat man jedoch eine Waffe gefunden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß jemand die Pistole gefunden hat und sich nun in Schweigen hüllt, um nicht in Verdacht zu geraten.

Das sind natürlich alles Kombinationen, die jeder festen Grundlage entbehren. An der Polizei wird es nun liegen, das Geheimnis des verhängnisvollen Abends bald zu lichten.

# Rätsel um einen Mädchentod.

## Geheimnisvolle Selbstbeziehung vor Spandauer Gericht

Das Spandauer Schöffengericht beschäftigte sich heute mit einem seltsamen Kriminalfall. Der 23jährige Kaufmann W. ist angeklagt, Ende Januar oder Anfang Februar 1926 die 18jährige Kontoristin Gertrud K. auf ihr ausdrückliches Verlangen in die Havel gestürzt zu haben. Der Angeklagte hat sich im August vorigen Jahres selbst der Steinfener Polizei gestellt. Später hat er die Selbstbeziehung widerrufen, um bald darauf auch den Widerruf zu widerrufen. Heute bestritt er die ihm zur Last gelegte Tat.

Am 22. Januar 1926 verließ die 18jährige Gertrud nach einer Auseinandersetzung mit ihrem Vater das Elternhaus. Im März wurde ihre Leiche aus der Havel gefischt. Man fand bei ihr keine Papiere, nur ein Taschentuch und auf der Brust die Photographie eines kleinen Jungen in Soldatenuniform. Die Photographie gehörte dem damals etwa 20jährigen S. Ein Verdacht seiner Täterschaft schien jedoch ausgeschlossen. Dagegen fiel der Verdacht auf den jetzigen Angeklagten, der damals mit seinen 19 Jahren Mitglied des Jugendbundes der Deutschnationalen Volkspartei war — auch die Tote gehörte dem Jugendbunde an. K. war kurz nach dem Verschwinden des jungen Mädchens gleichfalls aus Berlin verschwunden. Im Sommer 1926 wurde er von seinem Vater aus Halberstadt zurückgeholt. Seitdem arbeitete er in Berlin in verschiedenen Stellen, übernachtete Ende 1929 längere Zeit im Nachtasyl in der Fröbelstraße und tauchte im Sommer 1930 in Steglitz auf. Am 18. August erschien er bei der dortigen Kriminalpolizei, bezeugte sich der Tat an der 1926 verschwundenen Gertrud K. und erzählte mit allen Einzelheiten, wie er sie ins Wasser gestoßen habe. Vor dem Vernehmungsbrot wiederholte er seine Selbstbeziehung. Vor der Berliner Kriminalpolizei widerrief er sie, um sie später wieder aufrechtzuerhalten. Während der fünf Monate Untersuchungshaft hat er wiederholt seine Aussagen gewechselt. Auf das eindringliche Vorhalten des Vorsitzenden erklärt er heute wieder: Ich habe mit der Sache nichts zu tun. Der Angeklagte will als Knabe oft das Elternhaus verlassen und einmal nach seiner Rückkehr eine eigenhändige Geschichte von sich erzählt haben: Er habe sich im Tegeler Forst aufgefunden und sei im letzten Augenblick vom Förster abgehängt worden. Er spüre, sagt er heute, in sich mitunter einen unwiderstehlichen Drang, Dinge zu erzählen, die nicht wahr seien. Der Steinfener Polizei habe er sich gestellt, weil er damals mittellos gewesen und ein Obdach haben wollte. Er habe später seinen Widerruf widerrufen, weil er nicht zum Vater gewollt hätte.

Im Augenblick ist noch vollkommen unklar, ob der Angeklagte die Tat, deren er sich feinerzeit bezieht hat, auch wirklich begangen hat. Zur Verhandlung sind zwei psychiatrische Sachverständige geladen.

# Goldmacherei als politischer Zweck

## Was der Kreis um Ludendorff zu erreichen hoffte

München, 22. Januar.

Unter den zu Beginn der Donnerstagsfrühung aufgerufenen Zeugen befindet sich auch der frühere Rechtsanwalt und Münchener Stadtrat Dr. Budeley, der von seiner Amerikareise zurückgekehrt ist. Seine Vernehmung wird jedoch nicht vor Sonnabend erfolgen. Es wurde dann die Vernehmung des Zeugen Riehhardi fortgesetzt. Auf verschiedene Fragen des Verteidigers Graf Vestalozza stellte der Zeuge Riehhardi nochmals fest, daß nicht nur Tausend, sondern auch sein Mitarbeiter Versuche vor Ludendorff und den Geldgebern vorgeführt haben.

Verteidiger: Sind die Mitarbeiter aus dem engeren Ludendorff nahestehenden politischen Kreis ausgewählt worden? Zeuge: Ja. Der Zeuge sagt in diesem Zusammenhang auf weitere Fragen des Verteidigers, daß die selbstlosen politischen Zwecke durch die Geldschwierigkeiten zum Teil in den Hintergrund gedrängt worden seien. Das ursprüngliche Ziel sei absolut ideal gewesen.

Man wollte mit dem Verfahren durchaus nicht erreichen, daß ein paar Leute noch reicher würden oder daß dadurch das herrschende System gestärkt wurde, man wollte vielmehr dieses System durch Maßnahmen, die der Zeuge nicht näher erörtert, schwächen.

Verteidiger: Hatte der Gedanke der Tausendfachen Erfindungen eine solche zündende Wirkung? Zeuge: In den ersten Monaten des Jahres 1925 herrschte unter allen, die daran mitarbeiteten, eine große Begeisterung, weil wir glaubten, daß wir etwas Entscheidendes in der Hand hätten. Der Zeuge bestätigt ferner wiederholt, daß Tausend von Anfang an außerordentlich be-

gebeid aufgetreten sei. Er habe auch nicht beobachtet, daß Tausend für sich persönlich einen großen Aufwand getrieben habe. Tausend sei in seiner Lebensführung bescheiden geblieben, und er habe auch an der Sache mitgearbeitet. Allerdings habe es Wochen gegeben, wo er scheinbar nicht in der richtigen Stimmung war und die Arbeit im Stiche ließ, was bei solchen Leuten ja vorkomme.

Verteidiger Graf Vestalozza: Man hat sich entschlossen, einen Vorstoß auf den Erfolg des Tausend'schen Verfahrens zu nehmen? (Der Verteidiger spielt dabei auf die Finanzierung des „Völkischen Kurier“ an.) Der Zeuge erklärt, daß man sich anfangs für berechtigt halten durfte, die bei der Gesellschaft eingehangenen Gelder bereits zum Teil für idealistische vaterländische Zwecke zu verwenden, da man hoffte, bald darauf zur Goldproduktion kommen zu können. Als sich die Hoffnungen später nicht erfüllten, habe man sich gesagt, daß man Mittel für derartige Zwecke nicht mehr verwenden dürfe. Der Verteidiger wies dann darauf hin, daß Riehhardi gewaltige Beträge für politische Zwecke gegeben habe, und zwar schon vor der Gründung der „Gesellschaft 164“. Ebenso habe Dr. Budeley finanzielle Opfer gebracht. Von den 700.000 M., die in die Gesellschaft eingelegt worden sind, sind nach Feststellung des Verteidigers gleich 315.000 M. anderweitig ausgegeben worden.

Im Verlaufe der weiteren Fragestellung äußerte der Zeuge, daß er selbst am „Völkischen Kurier“ finanziell beteiligt gewesen sei. Zwischen der Tausend-Riehhardi-GmbH., Gründung und dem „Völkischen Kurier“ hätten keinerlei finanzielle Beziehungen bestanden. Er halte es aber für möglich, daß später durch die Ludendorff-Gesellschaft Aufwendungen für das Blatt gemacht worden seien.

# Labour-Regierung in Gefahr

## Wegen Schulgesetz in der Minderheit

London, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Macdonald hat einen schwierigen Stand. Bereits am zweiten Tage der neuen Parlamentsession blieb es bei einem Zusatzentrag zum Schulgesetz mit 3 Stimmen in der Minderheit. Im Herbst hatte die Regierung infolge der liberalen Obstruktion das Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes auf den April 1932 verschoben. Von diesem Tage an soll zugleich das Schulpflichtalter um ein Jahr erhöht werden. Die Kosten für die Vergrößerung der Schulen und ihrer Lehrkörper hätten nach dem Gesetz die Kommunen aufzubringen. Nun verlangen die

### katholischen Konfessionsschulen.

die für sich selbst aufkommen haben, daß ihnen die Regierung für die Mehrkosten 1 Million Pfund im Jahr gibt; auch die übrigen Konfessionen stellen ähnliche Ansprüche. Zu einer Einigung zwischen Regierung und den Konfessionsschulen ist es nicht gekommen; daraufhin haben die Katholiken im Unterhaus die Forderung eingebracht, das Inkrafttreten des Schulgesetzes so lange zu verschieben, bis sich die Regierung mit den kirchlichen Behörden geeinigt habe.

Diese Forderung wurde von dem katholischen Labour-Abgeordneten Scurr am Mittwoch eingebracht und begründet; die übrigen zehn Katholiken der Labour-Fraktion erklärten sich mit ihm solidarisch, ebenso die liberalen Abgeordneten katholischer Konfession. Die Konservativen stimmten selbstverständlich schon aus Prinzip geschlossen gegen die Regierung. Diese blieb mit 249 gegen 282 Stimmen in der Minderheit.

Macdonald erklärte, die Regierung werde, da es sich um keine prinzipielle politische Frage handele, nicht zurücktreten, sondern der Abstimmung Rechnung tragen und erneut mit den Vertretern der Konfessionen verhandeln.

Das Abstimmungsergebnis zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Regierung bereits zu Beginn der neuen Session zu rechnen hat, und die Gefahren für das Kabinett dürften sich in den nächsten Tagen, wenn

### die Regierungsvorlage für die Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes

zur Abstimmung gelangt, noch häufen. Die Liberalen haben bereits zu dem Gewerkschaftsgesetz Stellung genommen und für die Abstimmung Neutralität beschlossen; 18 liberale Abgeordnete erklärten jedoch nach Schluß der Fraktionsfrühung, daß sie gegen die Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes seien. Das will Lloyd George dadurch wettmachen, daß er eine gleiche Anzahl von anderen

liberalen Abgeordneten für die Regierung stimmen läßt. Trotzdem bleibt es sehr ungewiß, ob es der Regierung gelingt, für die Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes eine Mehrheit zu finden.

# Europäische Agrarkreditbank?

## Loucheurs Plan. — Regionale Handelspolitik nötig.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Anregung des Reichsaussenministers in Genf, daß man mit der Einführung von Borzugstarifen in den europäischen Handelsverträgen die Bildung solater Wirtschaftsvereinigungen durch Zusammenschluß zweier oder mehrerer in ihrer Produktion sich ergänzender Staaten erleichtern solle, hat in Pariser Finanz- und Wirtschaftskreisen starke Beachtung gefunden. Einige nationalistische Blätter können sich allerdings die Bemerkung nicht verkneifen, daß sich Deutschland damit wohl einem Konflikt mit Rußland zuziehen werde, wenn es diesem das alte Meistbegünstigungsrecht einziehe und mit anderen europäischen Staaten Borzugstarife abschließen wolle.

Der am Dienstag in Genf diskutierte Plan Loucheurs, als erste praktische Verwirklichung des europäischen Einheits- und Solidaritätsgedankens eine internationale landwirtschaftliche Kreditbank ins Leben zu rufen, scheint selbst in Frankreich nicht mit ungeteilter Zustimmung aufgenommen zu werden. Das „Petit Journal“, das Blatt Loucheurs, glaubt zwar versichern zu können, daß das neue Institut schon im Mai dieses Jahres in Basel in enge Zustimmung an die Internationale Zahlungsbank seine Tätigkeit aufnehmen könne, gibt aber zu, daß viel guter Wille und große Vorarbeiten dazu notwendig seien. Vor allem müsse man das Hypothekenrecht in den kreditbedürftigen landwirtschaftlichen Staaten vereinheitlichen, da die Kreditbank neben der Garantie des Staates und einer ebenfalls noch zu gründenden nationalen Landwirtschaftsbank auch noch die hypothekarische Sicherstellung ihrer Kredite fordern müsse. Die den französischen Großbanken nahe stehende „Informations Financière“ geht in ihrer Kritik an dem Loucheur-Plan viel weiter. Sie erklärt, daß die Krise in der europäischen Landwirtschaft in erster Linie eine Folge der Heberproduktion und der mangelnden Organisation sei. Gewiß sei die Rationalisierung bei der Durchführung der mittleren und kleineren Betriebe nicht ohne Kredite durchzuführen, aber auch dann sei es noch sehr schwer, gegen die standardisierte Konkurrenz Amerikas und Kanadas aufzukommen. Dazu komme noch, daß die europäische Landwirtschaft vollkommen unorganisiert sei. In manden europäischen Staaten existiere noch nicht einmal ein Grundbuch, so daß also an die Schaffung eines einheitlichen Hypothekenrechts nicht so schnell zu denken sei.

# Die Grippe in Europa.

Paris, 22. Januar.

Die Grippe wütet in zahlreichen Städten Frankreichs. Besonders traffe Formen hat sie in Sète angenommen, wo die Post infolge Erkrankung sämtlicher Briefträger nicht ausgeht werden konnte. Die Fabriken, öffentlichen Dienststellen und Schulen in Lyon sind schwer von der Epidemie betroffen. In Anemasse fehlen 30 Proz. der Schulkinder. In der Garnison von Verdun werden zur Zeit keinerlei Urlaubsgesuche mehr genehmigt, da zahlreiche Soldaten krank in den Lazaretten daniederliegen. In den ersten elf Tagen des neuen Jahres starben in Paris 23 Personen an den Folgen der Grippe und 341 Personen an Entzündungen. Die Grippeepidemie scheint jedoch hier ihren Höhepunkt überschritten zu haben.

London, 22. Januar.

Die auch in England herrschende Grippeepidemie hat in den letzten Tagen eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Im Militärlager Aldershot wurden 200 Mann ins Lazarett eingeliefert. Die Krankheitsfälle sind jedoch nur leichter Natur. Auch bei den in Gibraltar stationierten Truppen der englischen Flotte haben sich zahlreiche Krankheitsfälle ereignet.

Die Liquidierung der Diktatur. Wilson hat eine Verordnung unterzeichnet, durch welche die während der Diktatur aufgehobenen Gerichte wieder eingesetzt werden.

# Der neue Oberbürgermeister von Mainz

## Bürgermeister Dr. Ehrhardt gewählt.

Mainz, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Der Mainzer Stadtrat wählte am Mittwochnachmittag in nichtöffentlicher Sitzung den Bürgermeister Dr. Wilhelm Ehrhardt mit 36 Stimmen zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz. 27 Stimmen waren auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Krauß entfallen. Die vier Kommunisten gaben weiße Zettel ab. Ursprünglich war das Zentrum bereit, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Es mußte aber an seine Zustimmung Bedingungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion nicht angenommen werden konnten.

Der neue Oberbürgermeister Dr. Ehrhardt gehört der Staatspartei an. Seine Gesamtbezüge wurden im Vergleich zu den Bezügen des gegenwärtigen Oberbürgermeisters um 5000 Mark gekürzt. Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Küß tritt mit dem 1. Mai in den Ruhestand.

Ueber die Voger-Entschädigung nahm das Unterhaus einen Vertrag mit China an. Danach sollen von der insgesamt 11½ Millionen Pfund Sterling betragenden Entschädigungssumme, die bereits gezahlt oder noch zu zahlen ist, 4½ Millionen Pfund unmittelbar für das Erziehungswesen in China verwendet und 7 Millionen Pfund Sterling den chinesischen Eisenbahnen für ihre Reorganisation geliehen werden, dafür soll Eisenbahnmateriale in Großbritannien bestellt werden.



# Verlogenheit als Parteiprinzip

## Gerihtliches Leumundszeugnis über Franzen.

Braunschweig, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Der Redaktion des Braunschweiger „Volksfreund“ ist nunmehr die Begründung zum Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig im Franzen-Prozess vom 20. Dezember zugegangen. Darin heißt es:

„Der Senat geht daher davon aus, daß die früheren Angaben des Zeugen Guth der Wahrheit entsprechen. Damit allein ist schon glaubhaft gemacht, daß nicht nur Guth selber, sondern auch der Verfügungsläger (Franzen) auf der Berliner Polizeiwache 16 übereinstimmend angegeben haben, der Festgenommene Paul Guth sei der preussische Landtagsabgeordnete Lohse, und daß sie dieses, ihr Verhalten erst in dem Augenblick geändert haben, als der Polizeimajor Heinrich endgültig die Ueberführung Guths zur Abtheilung la angeordnet hatte und solche Ueberführung unmittelbar bevorstand. Damit unterstützt Guths Aussage diejenigen der Berliner Polizeibeamten, von denen unter allen Umständen die Zeugen Graf und Gehrmann so bestimmt, klar und zuverlässig ihre Befundungen gemacht haben, daß im Zusammenhange gerade mit den Angaben Guths an der objektiven Richtigkeit kein Zweifel übrig bleiben kann. Dafür spricht außerdem die innere Wahrscheinlichkeit.

Dem Landgericht mag zugegeben werden, daß von vornherein diese Annahme nicht unbedenklich erscheint, da bei der Persönlichkeit des Klägers als früheren Richters und jetzigen Landes-

mannfreisortierung und Uebertretung festgenommenen Landwirt Paul Guth, der sich der Berliner Polizei gegenüber auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Eisenbahnausweises als preussischer Landtagsabgeordneter Lohse bezeichnet hatte, ebenfalls als Lohse reklamiert und unter Hinweis auf die aus der Landtagsabgeordneteneigenschaft folgende Immunität Lohses die Freilassung Guths zu erwirken versucht,

also insofern die Unwahrheit gesagt und die Polizei irreführt hat.“

Diese Begründung ist für Herrn Franzen vernichtend. Kann einem so charakterisierten Manne noch fernerhin die Polizeigewalt in einem Lande überlassen bleiben.

# Zwischenfall im Jorns-Prozess

## Brederek und Canaris als Zeugen?

In dem Prozess wegen Beleidigung des Reichsanwalts Jorns, der die Strafkammer des Landgerichts III nun schon drei Monate beschäftigt, kam es heute zu einem aufsehen erregenden Zwischenfall, der möglicherweise die Verhandlungen noch weiter ausdehnen dürfte, obwohl bereits die Plädoyers begonnen hatten.

Nachdem am Dienstag der Nebenkläger Jorns und dessen Rechtsbeistand, Justizrat Dr. Löwenstein, plädiert hatten, sollte heute Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal als Verteidiger des Angeklagten Bornstein sprechen. Bevor er aber sein Plädoyer begann, erklärte er, daß er noch einen Beweisantrag zu stellen habe. Er beantragte die Vernehmung des früheren Rechtsanwalts Dr. Brederek, der von ihm als Zeuge gestellt sei. Brederek werde befunden, daß der damalige Kapitänleutnant, jetzige Kapitän Canaris, der einer der Richter des Kriegsgerichts war,

Geld zur Flucht der damaligen Angeklagten

beschafft und es ihnen ins Gefängnis gebracht habe, damit sie im Falle der Beurteilung fliehen könnten.

Justizrat Dr. Löwenstein beantragte, diesen Beweisantrag abzulehnen. Das Beweismittel wäre nur dann nicht unerheblich, wenn der Zeuge befunden könnte, daß Jorns von diesen Dingen Kenntnis gehabt habe. Sollte das Gericht aber Brederek vernehmen wollen, dann beantrage er, vorher die Strafakten Bredereks einzufordern. Brederek sei wegen sehr schwerer Vergehen lange Zeit vom Gericht ständlich verfolgt worden. Er wisse nicht, ob das Verfahren gegen ihn durch Begnadigung oder Amnestie eingestellt worden ist. Brederek sei aber auch ein ungeeigneter Zeuge, denn, wenn seine Darstellung richtig sei, würde er sich der Begünstigung schuldig gemacht haben und könnte gar nicht vereidigt werden. Außerdem aber müßte

Kapitän Canaris gleichzeitig persönlich vernommen

werden, um darüber Auskunft zu geben, ob diese Behauptungen wahr sind. Ebenso wäre es nötig, den damaligen Vorsitzenden des Kriegsgerichts, Ehrhardt, zu vernehmen.

Oberstaatsanwalt Köhler: Den Antrag würde ich dann für erheblich halten, wenn die Beleidigung behauptet sollte, daß der Nebenkläger Jorns von diesen Dingen Kenntnis hatte oder haben konnte.

## „Liebeslied.“

### Univerfum.

Das Manuskript soll nach einer Novelle Pirandellos verfaßt worden sein. So steht es wenigstens im Programm, und Pirandello hat eine Menge Novellen geschrieben. Probleme in der Art des Malleners bietet der Film nicht, aber die reichlich kitschige Handlung wird, soweit es möglich ist, entkittelt und erhält durch das Drum und Dran einen glaubwürdigen in der Wirklichkeit verwurzelten Charakter.

Eine Liebesgeschichte. Das kleine Mädchen, die Geliebte eines Russlers, gerät in allerlei Verdacht, weil sie das außereheliche Kind ihrer Mutter zu sich genommen hat, und schließlich gelangt alles zu einem glücklichen Ende. Vielleicht hat Pirandello dieses Thema mit besonderen psychologischen Effekten instrumentiert, vielleicht hat er wie immer den Gegensatz von Schein und Wirklichkeit ganz scharf herausgearbeitet, im Film ist davon nichts zu merken. Aber der Regisseur Gennaro Righelli, der die Oberleitung dieses in verschiedenen Sprachen aufgenommenen Werkes hat, sucht in den Bahnen des üblichen Unterhaltungsfilmes letzte schauspielerische Vollkommenheit zu geben.

Man weiß nicht, welche Fassung die ursprüngliche war. Jedenfalls ist die deutsche Regie von Konstantin J. David daraufhin berechnet, die Vorgänge mit einer einfachen Psychologie zu untermauern. Der Text ist gut, und auch die Vorgänge werden soweit wie möglich wirklichsnahe gestaltet. Wieder steht ein Mann zwischen zwei Frauen. Es ist das Thema, das seit „Carmen“ nicht mehr aus den Gehirnen der Schriftsteller und Manuskriptverfasser zu verbannen ist.

Aber hier sucht die Regie durch Beobachtung aus dem wirklichen Leben den Vorgängen eine solide Grundlage zu geben. Stehen in der heutigen Krisenzeit problematische Themen nur ungenügend zur Diskussion, werden alle Zeitfragen durch die Zensur entschieden abgelehnt, so darf man anerkennen, daß innerhalb des fannationellen Rahmens ein Film von künstlerischen Qualitäten entstanden ist. Der Film wird nur leicht gestreift, man wagt ihn nicht aus. Die Darsteller Gustav Fröhlich und Renate Müller gewinnen hier ein Forum, das sie selten erreicht haben.

So gehört dieser Film zu den erfreulichsten Erscheinungen dieses Winters.

## Frauenleben in Japan.

### Vortrag im Lyceumklub.

Vor Mitgliedern und Gästen des Japaninstituts und der Deutsch-Japanischen Gesellschaft sprach im Lyceumklub Dr. B. Papellier über „Frauenleben in Japan“. Wir sehen an unseren Universitäten junge japanische Studentinnen in europäischer Tracht, und sie scheinen uns der deutlichste Beweis für das Eindringen der europäischen Frauenemancipation auch in Japan. Dr. Papellier hat ein Menschenalter, vier Jahrzehnte, in Japan verbracht. Seine Gattin ist eine Japanerin. Was dieser

## Elf Bergarbeiter getötet.

### Explosion in einem englischen Kohlenbergwerk.

Glasgow, 21. Januar.

Bei einer Explosion in dem Bergwerk von Auchen-grah (Grafschaft Lanark) wurden fünf Arbeiter getötet. Sechs Bergarbeiter erlitten an den sich entwickelnden Gasen.

## 19 Grad Kälte in Ostpreußen.

Königsberg, 22. Januar.

In Ostpreußen fiel am Mittwochabend das Thermometer auf 16 Grad Kälte. Als tiefste Temperatur verzeichnete die Wetterwarte Königsberg in der Nacht zu Donnerstag 19,7 Grad Kälte. Am Donnerstagsvormittag wies das Thermometer 15 Grad Kälte auf. Der Wetterbericht sagt für die nächsten beiden Tage Fortdauer des starken Frostes voraus.



## Neues Kreiskrankenhaus in Hauen

In dem Nachbarschaftlichen Hauen ist jetzt der Erweiterungsbaue des Kreiskrankenhauses fertiggestellt. Die alte Anstalt ist mit dem Neubau zu einem architektonischen Ganzen verschmolzen und ein neues, modernes Krankenhaus entstanden. — Oben: Das Hauptgebäude mit der Auffahrt. Unten: Die Südterrassen mit Brüstungen aus Glas, die besonders für die Siegeturen bestimmt sind.

ministers keine Wahrscheinlichkeit dafür spricht, er werde sich selbst einem Parteifreunde zuliebe dazu hergeben, die zuständigen Staatsorgane in der Erfüllung ihrer Pflicht zu hindern und zu täuschen, indem er fälschlich seinen festgenommenen Parteifreund Guth als den Abgeordneten Lohse legitimiert. Nachdem aber Guth selber glaubwürdig zugestanden hat, daß dies dennoch geschehen sei, müssen alle Bedenken aus der Persönlichkeit des B.-Klägers (Franzen) zurücktreten hinter den glaubhaft gemachten Tatbestand, und die vom Landgericht mit Recht hervor gehobene innere Unwahrscheinlichkeit für jene Annahme schwindet, wenn man beachtet, daß der B.-Kläger auf der Berliner Polizeiwache nicht als Staatsbeamter, sondern als Mitglied und Abgeordneter der RSDAP aufgetreten ist, um dem Rufe eines Parteifreundes nach Rettung aus den Händen der preussischen Polizei zu folgen. Gerade seine Parteilichkeit und nur diese hat den B.-Kläger vor die Wahl gestellt, entweder den Parteifreund im Stich zu lassen oder die Berliner Polizei irre zu führen. Dazu kam, daß durch das Bekanntwerden der Ueberlassung von Lohses Fahrtausweis an Guth, die mindestens ungehörig war, nicht nur Lohse selbst, sondern mittelbar auch die Partei, der die Beschlüßten angehören, in Missdeutung gezogen wurde, und der B.-Kläger durch seine fälschliche Legitimation Guths nicht nur dessen Entlassung zu erreichen hoffen konnte, sondern auch gleichzeitig die Tatsache hätte aus der Welt schaffen können, daß sich der Fahrtausweis eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten in den Händen eines Unbefugten befand. In dieser Richtung liegen die Erklärungen des Zeugen Lohse: „Ich denke nicht daran, einen Parteigenossen dem preussischen Polizeisystem auszuliefern“ und des B.-Klägers Franzen selbst in der Rede zu Altona vom 2. Dezember 1930 („Altonaer Tageblatt“ Nr. 282): „Als braunschweigischer Polizeiminister bin ich immer noch kein preussischer Hilfspolizeibeamter.“

Minister Franzens Entschuldigung, er habe den Guth nicht vor allen Beamten in der Wache Hoffstellen wollen, ist ein weiterer Beweis dafür, daß der Verfügungsläger dort

nicht nur die Wahrheit unterdrückt, sondern positiv die Unwahrscheinlichkeit befundet hat,

indem er den Guth als den Abgeordneten Lohse bezeichnet hat. Es ist also genügend glaubhaft gemacht und folgt aus den Umständen von selbst, daß diese fälschliche Legitimation keinen anderen Zweck gehabt haben kann, als Guth den Händen der preussischen Polizei zu entziehen.

Zusammenfassend ist hiernach von den B.-Beklagten (Thielemann und Riele und C.) glaubhaft gemacht, daß der B.-Kläger den wegen

gründliche Kenner des Landes von seinen Sitten zu berichten wußte, weicht allerdings erheblich ab von dem Bild, das sich Europäer im allgemeinen davon zu machen pflegen. Der europäische Fortschritt ist jedenfalls in die japanische Familie noch nicht allzu tief eingedrungen.

Zwar hat Japan auch für Mädchen den Schulzwang vom 6. Jahre ab eingeführt, zwar gibt es auch höhere Schulen, die sie für das Universitätsstudium vorbereiten; doch die japanische Tochter trägt im Familienkreis die alte Landestracht, sie schläft auf dem Matratzenlager mit der hölzernen Rückenstütze, die ihren kunstvollen Haaraufbau vor Beschädigung schützen soll, sie spielt die traditionellen japanischen Instrumente. Der reiche Japaner baut sich heute in seinem Garten häufig auch ein europäisches Haus mit europäischer Einrichtung; aber er lebt nicht darin, sondern empfängt hier nur in europäischer Kleidung seine europäischen Freunde. Bei solchen Gesellschaften sind auch seine weiblichen Familienangehörigen zugegen. Doch niemals wird der Japaner hier seine einheimischen Freunde bewirten. Sie, und zwar nur die Männer, lädt er noch immer in ein vornehmes Teehaus zum Schmaus, den Geißhas mit Sekt, Tanz und Klavierspiel würzen.

Auch in Japan gibt heute nur die standesamtliche Trauung. Aber die junge Ehe wird zuerst vom buddhistischen Priester eingeseget und mit einer eintägigen rituellen Zeremonie eingeleitet. Die gesetzlich bindende standesamtliche Trauung wird auch in den vornehmsten Kreisen oft erst dann nachgeholt, wenn der erste männliche Erbe geboren wurde. Da die Japaner sehr jung heiraten, häufig zu einer Zeit, in der sie noch nicht imstande sind, selbständig für den Lebensunterhalt ihrer Familie zu sorgen, so zieht das junge Paar oft auf Jahre zu den Eltern des Mannes. Doch solch Zusammenleben auch für die junge Frau in Japan selten ungetrübtes Glück bedeutet, verrät ein japanisches Sprichwort: „Glücklich die junge Frau, deren Schwiegermutter tot ist.“ —

Das Theater am Schiffbauerdamm geht von heute ab seine Eintrittspreise auf die Hälfte herunter. Der teuerste Platz wird 7 Mark, der billigste 75 Pfennig kosten.

Der Archäologe Professor Marucchi ist im Alter von 48 Jahren in Rom gestorben. Er galt als einer der besten Kenner der christlichen Archäologie Roms und war als erfahrener Archäologe zugleich Direktor des ägyptischen Museums im Vatikan. Viele Jahrzehnte hat er nicht nur die christliche Altertumsforschung in Rom gefördert, sondern die christliche Altertumsforschung auch dem Volke zugänglich gemacht.

Die alte Kunstammer noch nicht geöffnet. Die Pressestelle der staatlichen Museen teilt mit: Durch die Presse ging kürzlich eine Notiz, daß es seit kurzem möglich sei, die von Schlichter im Berliner Schloß geschlossene alte Kunstammer wieder kennenzulernen. Diese Notiz läuft den Tatsachen stark voraus. Die Kunstammerräume sind nach wie vor für das Publikum unzugänglich, da sie sich in einem bedenklichen baulichen Zustand befinden. Erst wenn die geplanten dringenden Wiederherstellungsarbeiten, die der Kosten wegen vorläufig nicht ausgeführt werden können, vorgenommen sein werden, wird es möglich sein, diese einzigartige „Keimzelle der Staatlichen Museen“ dem öffentlichen Besuche zugänglich zu machen.



# Reichskabinett und Osthilfe.

## Das Ergebnis der Ostreise des Reichsfinanzlers.

In der Reichskanzlei fand gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzlers eine erste eingehende Besprechung zu dem Zwecke statt, die auf der Ostreise des Reichsfinanzlers gewonnenen Eindrücke und Anregungen zu praktischen Hilfsmassnahmen für den Osten auszuwerten.

Bei den eingehenden Beratungen bestand Einverständnis darüber, daß die Lastensenkung zugunsten der Ostgrenzbezirke in der bisherigen Weise fortgesetzt werden muß. Probleme der Steuerpolitik, die damit zusammenhängen, sollen alsbald der Entscheidung zugeführt werden. Die Bedeutung der Schul-, Reich- und Wegelassen für die Ostgrenzbezirke wurde eingehend gewürdigt. Wieweit sich dabei Möglichkeiten ergeben, trotz der bedrängten Gesamtlage zu helfen, wird mit aller Sorgfalt geprüft.

Die preussische Staatsregierung wird die Oberversicherungsämter anweisen, die Frage beförderlicher zuzuwenden, ob und inwieweit die Krankenkassenbeiträge im Osten noch gesenkt werden können. Die Möglichkeit einer Senkung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird in den nächsten Wochen im weiteren Rahmen zusammenhängender Progenkomplexe einer Entscheidung zugeführt werden.

Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Wohlfahrtsunterstützung ergeben haben, wird die preussische Staatsregierung im Benehmen mit den örtlichen amtlichen Stellen entgegenwirken. Einverständnis bestand darüber, daß eine Änderung der Voraussetzungen für die Wohlfahrtsunterstützung im Sinne einer möglichst gerechten und zweckmäßigen Regelung dieser Frage vorbereitet werden muß.

Richtig schien die weitere Rationalisierung des Genossenschaftswesens, insbesondere die Einwirkung auf die

Kreditgenossenschaften des Ostens mit dem Ziele, unwirtschaftlichen Wettbewerb auszuschließen und auf dem Gebiete des Kreditwesens Fortschritte herbeizuführen. Darüber hinaus sollen die Besprechungen fortgesetzt werden, die von der Reichsbank eingeleitet worden sind und die eine möglichst reibungslose Kapitalversorgung der Ostgrenzbezirke sicherstellen sollen.

Wieweit die Aufarbeitung des Wundbruchs in den betroffenen Gegenden unter Einsatz von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge und durch Kreditgewährung gefördert werden kann, wird in den nächsten Tagen endgültig entschieden werden. In Verhandlungen mit Abnehmerorganisationen wird zu versuchen sein, dem überlasteten Holzmarkt eine gewisse Erleichterung zu verschaffen.

Verzögerungen, die sich bei der individuellen Umschuldung aus der Schwierigkeit einwandfreier Feststellungen im Einzelfalle und sorgfältiger Durchführung der erforderlichen Verhandlungen ergeben, sollen dadurch gemildert werden, daß den Schuldner in geeigneten Fällen Bescheinigungen über den Stand des Verfahrens zur Weitergabe an ihre Gläubiger und Vorkasse auf die zu erwartenden Zahlungen gegeben werden. Die entsprechenden Anordnungen sind bereits an die Landstellen ergangen. Auch dadurch soll eine Beschleunigung des Verfahrens erreicht werden, daß die Landräte ermächtigt werden, bis zu 5000 M. über die Kreditanträge selbst zu entscheiden. Mittel des Kreditversicherungsfonds sollen zur Stützung besonders gefährdeter Kleinbäuerlicher Betriebe eingesetzt werden. Die Landstellen werden in die Lage zu versetzen sein, die Anträge über das bisher mögliche Maß hinaus beschleunigt zu bearbeiten.

Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgeführt werden.

### Vorkämpfer der Nazis.

#### Der „Erfolg“ der APD.

Aus der A.G.O. Brunnenstraße wird uns geschrieben: Am 19. Januar fand die Neuwahl des Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrats der A.G.O. Brunnenstraße statt. In den beiden letzten Jahren hatten die Kommunisten zwei Drittel aller Arbeiterratsmitglieder inne. Im Jahre 1930 erhielten die Kommunisten von 21 Arbeiterratsmitgliedern 13, während auf die Liste der freien Gewerkschaften 8 Sitze entfielen.

Die erheblich verringerte Belegschaft hatte dieses Jahr eine Herabsetzung der Arbeiterratsliste auf 19 zur Folge. Bei der diesmaligen Wahl tauchte zum erstenmal eine Liste der Nationalsozialisten auf, eine Erscheinung, die sich bisher in allen Betrieben gezeigt hat, wo die APD die Mehrheit in den Betriebsvertretungen hatte.

Nachstehend das Stimmenergebnis der Arbeiterratswahl. In Klammern sind die Zahlen des Vorjahres.

Abgegebene gültige Stimmen	4017 (4767)
Freie Gewerkschaften	1397 (1828), 7 (8)
Kommunisten	1997 (2939), 10 (13)
Nazi	880

Der prozentuale Stimmenanteil hat sich folgendermaßen verändert: Freie Gewerkschaften im Vorjahr 33,34 Proz., in diesem Jahre 34,8 Proz., also ein Rückgang um 1 1/2 Proz.; APD im Vorjahr 61,66 Proz., in diesem Jahre 49,73 Proz., also ein Rückgang um 12 Proz. Die Gewinner sind die Nazis, die im Vorjahre Stimmen nicht erhielten, in diesem Jahre aber 15,47 Prozent. Wenn die APD im Arbeiterrat auch noch die Mehrheit hat, in der Belegschaft hat sie sie verloren.

Die Belegschaft des Werkes arbeitet beinahe jahrelang verärgert. In den beiden Wochen, zwischen denen der Wahltag lag, wurde die Bürgersteuer abgezogen. Dazu setzte gerade am Wahltag die zweite Rate des Lohnabzugs von 5 Proz. ein. Für diese die Arbeiterchaft schwer treffenden Erscheinungen wurden in der Wahlpropaganda der APD, sowie auch der Nazis die freien Gewerkschaften verantwortlich gemacht.

Es hat sich doch in den letzten beiden Jahren während der Herrschaft der APD, gezeigt, daß ihr die Belegschaft zwar zur

Rehrheit verholfen hat, sich aber bei allen kritischen Situationen fast restlos hinter die kleine Minderheit der freien Gewerkschaften stellte. Diese Feststellung soll keine Schadenfreude sein. Jeder, der es mit der Arbeiterbewegung ernst meint, muß diesen Zustand als ungesund bedauern. Eine Belegschaft, die nur mit dem ungesährlichen Stimmzettel hinter ihren Führer steht, verleitet diese zu falschen Schlussfolgerungen und zur falschen Einschätzung der Kräfte, was wieder für die Belegschaft das größte Unheil bedeuten kann.

Bei den Angestellten ergab sich folgendes Bild: Abgegebene gültige Stimmen 1337 (1439), A.F.-Bund 733 (873), 7 (8) Sitze, Gedag 481 (415), 4 (3) Sitze, Gba 123 (151), 1 (1) Sitze.

### Die Hölle und das Paradies.

#### Abdrücken Sowjetrußland.

Ein russischer Staatsangehöriger, Ingenieur S., hat jahrelang in industriellen Betrieben der Sowjetunion in Moskau und in Konstantinopel gearbeitet. Im Jahre 1927 wurde er nach Berlin kommandiert, um die Stellung eines Technischen Leiters der Deutsch-russischen Rappha-G. m. b. H. auszuüben.

Im Oktober 1930 erhielt er den Befehl, am 5. November nach Moskau zu reisen. Deshalb die Sowjetbehörde seine Anwesenheit in Moskau verlangte, das wurde ihm nicht mitgeteilt. S. erging sich in düsteren Vermutungen. Er erinnerte sich an ihm bekannte Fälle, wo russische Angestellte nach Moskau zurückberufen dort prozessiert und eingekerkert, ja sogar erschossen wurden. Obwohl sich S. keiner Pflichtverletzung gegen den russischen Staat bewußt war, fürchtete er doch, es könne ein Unheil in Moskau seiner warten.

Zunächst suchte er Zeit zu gewinnen. Er jagte, er könne wegen seiner Familienverhältnisse erst im Februar abreisen. Aber damit drang er bei den Sowjetnachhabern nicht durch. Man verlangte keine Abreise bis zum 25. November und als er diesem Befehl nicht Folge leistete, wurde er fristlos entlassen.

Durch Klage beim Arbeitsgericht Berlin forderte der entlassene Ingenieur S. Zahlung seines Gehalts bis zum 1. April. Er berief sich darauf, daß er kein Angestellter der Russischen Handelsperreitung sei, für die nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin russisches Arbeitsrecht gelte. Seine Arbeitgeberin, die Deutsch-

Russische Rappha, sei eine nach deutschem Recht begründete G. m. b. H., also müsse auch das deutsche Arbeitsrecht auf ihn Anwendung finden und das verpflichte ihn nicht, dem Befehl einer russischen Behörde zu folgen.

Das Gericht erkannte auf Abweisung der Klage mit der Begründung: Die Deutsch-russische Rappha-G. m. b. H. sei zwar nach deutschem Recht gegründet, sie bestünde aber in den Händen des russischen Staates und diene dem Export von Rappha. Es handele sich also um ein wirtschaftliches Unternehmen des russischen Staates. Der Kläger, der russischer Staatsangehöriger sei, stehe auch bei der Deutsch-russischen Rappha-G. m. b. H. im Dienste des russischen Staates, wie schon dardem in Moskau und Konstantinopel. Demnach sei das Arbeitsverhältnis des Klägers nach russischem Arbeitsrecht zu beurteilen, das denjenigen mit sofortiger Entlassung bedroht, der seine Pflichten ohne ausreichenden Grund nicht erfüllt. Der Kläger habe die Pflicht gehabt, der Anordnung seines Arbeitgebers, nach Moskau zurückzukehren, zu folgen. Da er es nicht tat, sei seine fristlose Entlassung begründet.

Vom russischen Standpunkt ist dieses Urteil korrekt. Aber Deutschland ist doch schließlich nicht Rußland. Würde es sich etwa um einen Angestellten der russischen Botschaft handeln, die im Genuß der Exterritorialität, also außer Landes, ist, dann würde eine Klage hinsichtlich sein. Wenn der Standpunkt des Arbeitsgerichts, der Ausländern, die von Ausländern beschäftigt werden, den Schutz des deutschen Rechts verweigert, richtig wäre, dann würde das zu ganz unumgänglichen Konsequenzen führen. Es würden damit in Deutschland die berüchtigten Kapitulationen eingeführt, die China und die Türkei abgeschüttelt haben.

Im übrigen ist es bezeichnend, daß ein Russe lieber auf Lohn und Brot verzichtet und in der deutschen kapitalistischen Hölle bleibt, als nach dem Sowjetparadies zurückzukehren.

**Achtung, Holzarbeiter!** Bei der Firma Gebrüder Schönborff, Reulöfen, Bergstr. 89/93, sind die Arbeiter ausgeperrt worden, weil sie sich einem Lohndruck von mehr als 20 Proz. nicht beugen wollten. Zutritt ist fernzuhalten! Deutscher Holzarbeiterverband.

**Weiter für Berlin:** Bevölkerungszunahme mit Milderung des Frostes, Winddrehung auf Süd. — Für Deutschland: Im Osten heiteres Frostwetter, im mittleren Deutschland zunehmende Bewölkung mit Milderung, im Westen bewölkt bei Temperaturen über Ruß.



Donnerstag, 22. Januar.

Berlin.

- 16.05 Dr. Ueberall erzählt.
- 16.30 Unterhaltungsmusik.
- 17.30 Programm der Aktuellen Abteilung.
- 17.55 Beethoven: Septett Es-Dur, op. 20. (Prof. Gustav Havemann, Violone Hans Mahke, Bratsche: Alfred Richter, Klarinette: Prof. Paul Rembit, Horn: Willy Fugmann, Fagott: Adolf Steiner, Cello und Gustav Krüger, Kontrabaß.)
- 18.40 Elmdr. Breier und Robert Henseling: Für und wider die Astrologie.
- 19.35 Arbeitsmarkt.
- 19.30 Zeitgemäße Unterhaltung. (Austin Egan, die Abela, Dr. Wilh. Gross und Walter Kaufmann auf zwei Flügeln, Hans Sommer.)
- 20.40 Tages- und Sportnachrichten.
- 20.50 Hans Bredow: Ansprache.
- Anschließend: Symphoniekonzert. Dir.: Bruno Seidler-Winkler. 1. Händel: Concerto grosso D-Moll für Streichorchester. 2. Mozart: Konzert für Violine mit Orchesterbegleitung, D-Dur (K.-V. 218). (Prof. Carl Flesch.) 3. R. Strauß: „Das Juss“, op. 21. (Punkorchester.)
- 22.15 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
- Anschließend bis 6.30: Tanzmusik.

Königs wasserhausen.

- 16.00 Prof. Dr. P. Hildebrandt: Glaubwürdigkeit Jugendlicher.
- 17.30 Merano: Hausmusik.
- 18.00 F. H. Reimesch: Wintersport in den Karpathen.
- 18.30 Sombart: Der moderne Kapitalismus.
- 19.00 Reg.-Rat Dr. Selzer: Steuerliche Gesichtspunkte für die Anstellung der Jahresablassanten.
- 19.30 Prof. Dr. F. Honcamp: Verwertung der wirtschaftsetzenden Futtermittel.
- 20.00 Hamburg: Uraufführung: „Wasser“.

Besamtmotiv für die Febr. 1931: Herbert Deppe, Berlin; Angligen: E. Glade, Berlin. Verlag: Formwärts Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Formwärts Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 1. Hierzu 1 Beilage.

### Diesem Mann

gebührt wohl am meisten Ruhm, denn er ist der Pionier der Wohlmut-Hilfbehandlung Tausende von Anhängern verdanken diesem seit 30 Jahren bestehenden Heilverfahren ihre Wieder- gesundung.

Lassen auch Sie sich an untenstehenden Tagen über unseren vor zwei Wochen mit Begeisterung aufgenommenen

Radio-Vortrag von Dr. med. Wanschelko tenlos aufklären.

#### Gutschein

Über eine

**kostenlose ärztliche Beratung**

und Probeanwendung mit **Wohlmut's Feinstrom-Galvanisator**

In der **Potsdamer Straße 22b** (Potsdamer Brücke) am Freitag dem 23. Januar, Sonnabend, dem 24. Januar und Montag, dem 25. Januar von 10 bis 7 Uhr.

Name: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Es ist mir nicht möglich, in der angegebenen Zeit zu Ihnen zu kommen. Ich bitte daher um Ueber- sendung Ihrer aufklärenden Broschüre.

## So urteilen die Anhänger u. Geheilten des Wohlmut-Heilverfahrens

### Beschwerden der Wechseljahre.



Wegen hochgradiger Nervosität Schlaflosigkeit, Blutandrang nach dem Kopf und oft unerträglicher Kopfschmerzen kaufte ich mir Ihren Wohlmut-Apparat. Ich kann Ihnen zu meiner großen Freude mitteilen, daß ich bei den obengenannten Leiden einen ganz hervorragenden Erfolg erzielt habe. Alle Erscheinungen haben sich derart gebessert, daß ich kaum noch Beschwerden habe. Ich werde den Apparat fleißig weiterbenutzen und meinen Bekannten empfehlen.



Hochachtungsvoll  
Potsdam, den 12. 12. 29, Marienstraße 12.  
gez. Frau Liero.

### Rheumatismus.

Der mir von meinem Schwiegervater Herrn Karl Schwarz zur Verfügung gestellte Wohlmut-Apparat (Form IV) hat sich in fünf Monaten glänzend bewährt. Mein Rheumatismus, welchen ich mir im Felde zugezogen habe, ist durch tägliche Sitzungen von 15 Minuten Dauer in diesen paar Monaten vollständig verschwunden. Auch leichte Schwindelanfälle haben sich durch tägliche Sitzungen von 10 Minuten Dauer vollständig verloren.

Hochachtungsvoll  
Otto Staub, Mag.-Beamter,  
Berlin-Charlottenburg, den 2. 12. 29,  
Wilmersdorfer Straße 151.

### Herzneurose und Schlaflosigkeit.

Meine Frau leidet seit Jahren an einer erheblichen Herzneurose und seit etwa anderthalb Jahren an Schlaflosigkeit und starken Kopfschmerzen, verbunden mit Haarausfall. Medikamente hielt ich wegen der Herzneurose nicht für angebracht. Im Januar dieses Jahres hatte meine Frau Gelegenheit, einen Wohlmut-Apparat zu benutzen. Schon nach kurzer Zeit konnte ich eine wesentliche Besserung feststellen. Die Schlaflosigkeit ist vollständig beseitigt, die Kopfschmerzen sind nach Allgemein- und Kopfsitzungen auch völlig verschwunden, ebenso der damit verbundene Haarausfall. Auch die Herzbeschwerden sind wesentlich gebessert worden.

Krakow I. Meckl., 25. April 1930

Dr. med. Maurer.

### Arterienverkalkung.

Ich kann mit gutem Gewissen Ihnen hierdurch bescheinigen, daß mir Ihr Wohlmut-Apparat in kurzer Zeit (etwa 2 Monaten) ausgereichende Dienste getan hat. Ich war selbst erstaunt, daß ich von meinem oftmals kaum erträglichen Schmerz so schnell durch Ihren Apparat befreit wurde. Noch erfreulicher ist es, daß die Heilung keine vorübergehende, sondern eine bleibende ist, denn selbst wechselnde Witterung kann mir nichts mehr anhaben.

Auch mein Mann, der an Arteriosklerose leidet, ist seit Gebrauch Ihres Apparates bedeutend frischer und lebensfroher.

Hochachtungsvoll Frau M. Oertel,  
Potsdam, den 14. 12. 29, Berliner Straße 14.

### Ischias und Rheumatismus.



Da ich seit mehreren Jahren infolge Rheumatismus und Ischias nur an zwei Stücken laufen konnte, legte ich mir im Jahre 1926 einen Wohlmut-Apparat zu. Nach vierwöchigem Gebrauch hatte ich bereits Linderung meiner Schmerzen, nach 3 Monaten konnte ich auf einem Stock gehen und nach weiteren 3 Monaten bedurfte ich keines Stockes mehr. Da ich den Apparat immer im Betrieb habe, merke ich so gut wie nichts mehr von meinem Leiden, kann also mit gutem Gewissen von einem wirklichen Dauererfolg sprechen, da seit Beginn der Kur über drei Jahre vergangen sind.

Ich bin Ihnen dankbar für die weitgebrachte Heilung und kann den Apparat wärmstens empfehlen.

Otto Fröhlich, Gastwirt,  
Berlin-Weißensee, den 9. 12. 1929,  
Charlottenburger Straße 20, III.

### Schlaganfall.

Im April 1929 hatte ich einen Schlaganfall mit einer linksseitigen Lähmung. Zwei Monate später kaufte ich mir einen Wohlmut-Apparat und habe täglich nach den Kurvorschriften geübt. Schon nach kurzem Gebrauch fühlte ich eine Besserung, und die Lähmung ging langsam vom Arm und Bein zurück. Nach blühendem Gebrauch war ich vollkommen hergestellt und fühle mich seit der Zeit sehr wohl. Von der Lähmung ist nichts zurückgeblieben. Ich bin sehr froh darüber und spreche der Firma meinen besten Dank aus.

Berlin, d. 7. 11. 30.  
gez. Frau Marie Moewes,  
Christinenstraße 31.



# Partei und Arbeiterbildung

## Eröffnung einer Diskussion

Im Anschluß an den Beitrag des Genossen Georg Decker „Die katholische Volkshochschule — Anregungen für unsere Bildungsarbeit“ eröffnen wir hiermit die Diskussion über das Thema: Partei und Arbeiterbildung.

### Kein Bildungssalat!

Auf Georg Decker haben die Bestrebungen und Leistungen der katholischen Volkshochschule in Berlin einen so starken Eindruck gemacht, daß er sie am liebsten der sozialistischen Bildungsarbeit zur Nachahmung empfehlen möchte.

Besonders imponierte ihm der Wille, den ganzen Menschen zu erfassen, was sie durch Kurse auf den verschiedensten Gebieten zu erreichen trachtet, und das Ziel, in den Schülern die katholische Weltanschauung so zu vertiefen, daß deren ganzes Tun und Denken von ihr durchdrungen wird.

Dabei scheint man denn doch zu übersehen, daß Situation und Voraussetzung für unsere Bildungsarbeit in Berlin völlig anders sind als für die katholische. Die Katholiken leben im protestantischen Berlin in der Diaspora, in der Minderheit, und sind deshalb besonders eifrige Katholiken mit einem starken Zusammenhalt aus rein kirchlich-religiösen Gründen, der noch besonders von allen kirchlichen Stellen gepflegt und gefördert wird. Außerdem begehrt man den Grundfehler, — der ja bei uns leider nur allzu verbreitet ist —, unsere sozialistische Auffassung mit einer religiösen Weltanschauung in Vergleich zu setzen und von ihr zu verlangen, sie solle den ganzen Menschen ähnlich erfassen wie ein religiöses Bekenntnis. Wie oft soll man denn noch wiederholen: Sozialismus ist keine Weltanschauung. Wer glaubt, daß unsere Theorien und Meinungen über Gesellschaftsgestaltung — damit und mit ihrer Verwirklichung hat sich der Sozialismus zu befassen — einen Menschen ebenso erfüllen können wie eine Religion, hat eben von religiösem Erlebnis keine Ahnung.

Doch lassen wir das Problem Weltanschauung beiseite. Auch dann bleibt die Frage nach zu beantworten, ob unsere Bildungsarbeit nicht auf weitere Gebiete auszudehnen sei, damit der ganze Mensch erfasst werde. Wir sagen nein. Wir möchten im Gegenteil Intensivierung und Konzentrierung unserer Bildungsarbeit, Beschränkung auf das Mögliche und Notwendige, das so eng als nur denkbar mit unseren praktischen Bedürfnissen der Gegenwart in Zusammenhang steht.

Man soll keinen Utopien nachhagen!

Was heißt denn Erfassung des ganzen Menschen? Der Mensch hat viele Seiten und Interessen — also müßte unsere Arbeiterbildungsschule recht vielerlei bringen, damit sie ihre Besucher möglichst von allen Seiten packen kann. Dann müßte derselbe Mensch aber in eine bunte Reihe von Kursen gehen. Dazu wird man ihn jedoch nicht bringen, er hat gar nicht die nötige Zeit. Die praktische Arbeit zeigt auch, daß unsere Schüler nicht in vielerlei Kurse gehen. Läßen sie es, müßte man sie geradezu davor warnen; es läme ein übles Durcheinander in ihren Köpfen zu Stande und oberflächliche Vielwisserei. Das Gegenteil von Bildung wäre das Ergebnis.

Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Durch eine reiche Speisekarte kann vielleicht die Arbeiterbildungsschule recht viele anziehen, da sie den verschiedensten Geschmäckern und Interessen entgegenkommt, und sie kann mit großen Besucherzahlen prunken. Eine solche Politik würde die ganze fortschrittliche Entwicklung der letzten Jahre auf dem Gebiete der Volks- und Erwachsenenbildung übersehen, die vom Vielerlei zur Intensität geschritten ist, gerade weil man mit dem Vielerlei sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat. Beschränkung auf die eigentliche Aufgabe und Konzentration auf das, was man wirklich leisten kann, muß von der Arbeiterbildungsschule verlangt werden. Sie ist eine Einrichtung der Partei und hat deren Bedürfnissen zu dienen. Erziehung zum Sozialisten ist Aufgabe der gesamten Bewegung und deshalb kein Spezialziel der Partei. Die Partei braucht Funktionäre, für ihre Aufgaben braucht sie Menschen mit den nötigen Kenntnissen. Doch sie Sozialisten sind, versteht sich am Rand, ihre sozialistische Auffassung wird natürlich bei dem Unterricht noch weiter vertieft. Ernsthafte Schutung wird immer nur mit verhältnismäßig geringen Besucherzahlen zu rechnen haben. Sie ist ja keine Einrichtung der Propaganda. Zu ihr werden nur jene kommen, die wirklich reges politisches Interesse besitzen.

Den ganzen Menschen erfassen — das kann aber auch weniger quantitativ verstanden werden. Man kann ein Interesse so stark in ihm erregen, ihn von einer Seite so intensiv packen, daß er ganz von dem einen ausgefüllt wird, daß es sein ganzes Tun und Denken durchdringt oder beeinflusst. Nun, der richtige Unterricht ist jener, der das bewirkt. Man kann von jeder Einzelheit aus zum Ganzen, zum Wesentlichen vordringen, und deshalb kann man mit jedem beliebigen Thema den Schüler zu einer Vertiefung seiner sozialistischen Auffassung bringen. Es genügt uns aber nicht, daß der Mensch in seinem ganzen Wesen sozialistisch durchdrungen oder eingestiftet sei, wir brauchen in der Bewegung bestimmte Kenntnisse. Diese zu vermitteln ist Aufgabe unserer Schulung, und indem wir das tun, müssen wir zugleich die sozusagen formale Aufgabe miterfüllen, den Schüler zu einem intensiveren Sozialisten zu machen. Darum beschränke man sich auf die uns nötigen Wissensgebiete und lasse hier intensive Arbeit.

Die katholische Volkshochschule kann man aber nicht mit der Arbeiterbildungsschule allein vergleichen. Man muß das, was sie tut, in Parallele setzen mit den sozialistischen Bildungseinrichtungen insgesamt. Sie macht zum Beispiel naturkundliche Wanderungen. Nun, dafür haben wir einen Spezialzweig innerhalb unserer Organisationen. Veranlassen die Naturfreunde nicht jene Wanderungen, pflegen sie nicht ein ausgebreitetes Bildungswesen mit dieser Spezialaufgabe?

Ist es da nicht überflüssig, für die Parteihschule sich noch besonders mit diesen Dingen zu beschäftigen?

Wenn man von sozialistischer Bildungsarbeit spricht, muß man im Auge haben, daß solche in Berlin betrieben wird von allen Organisationen, daß jede ihr Spezialgebiet hat, daß alle zusammen in einer idealen Weise jene Förderung von der Erfassung des ganzen Menschen erfüllen. Parteihschule, Jugendkurse, Gewerkschaftsschule, Gewerkschaftsjugend, die einzelnen Dienstverwaltungen, Naturfreunde, Kinderfreunde, Sänger, Sportorganisationen, Abstinenz, Esperanto, Radio usw. — insgesamt eine Bildungsarbeit, die sich sehen lassen kann.

In ihr hat sich eine Entwicklung vollzogen, die vom Standpunkt der Pädagogik der Massen und der Erwachsenen äußerst interessant ist, in der sich ein pädagogisches Prinzip zu erkennen gibt.

Jedes besondere Interesse schafft sich eine besondere Organisation. Die darauf bezügliche Bildungsarbeit wird am besten von dieser Spezialorganisation durchgeführt. Dadurch werden in der Gesamtheit mehr Personen erfasst, und es wird besseres geleistet, als wenn nur eine Institution vorhanden wäre, die nun versuchen müßte, jedem etwas zu bringen.

Hier ist noch etwas anzufügen. Wie die Parteihschule schon damit sich nicht abzugeben braucht, womit andere sozialistische Organisationen sich befassen, so ist es für sie auch überflüssig, das

übernehmen zu wollen, was die öffentlichen Bildungseinrichtungen leisten können.

Arbeitsteilung ist auch zwischen der Parteibildungsarbeit und der Volkshochschule zweckmäßig. Heute sind die öffentlichen Einrichtungen nicht mehr das, was sie noch vor einigen Jahren erschienen. Die Meinungen und Erfahrungen, die man in unseren Kreisen vielfach darüber ausgesprochen hört, stammen aber meist aus jener Zeit. Seitdem ist die Entwicklung weiter gegangen. Sehen wir zu, daß wir nicht stehen bleiben!

Gerade methodisch können wir manches durch den Kontakt lernen. Auf dem Gebiet der Bildungsarbeit kann sich keine Sonderentwicklung vollziehen. Was dort geschieht, muß mit der allgemeinen Linie der Partei übereinstimmen. Das Problem der Arbeiterbildung kann nicht durch die eigenen Einrichtungen allein gelöst werden, wie die Parteihschule nicht alle Bildungsaufgaben innerhalb der Bewegung löst. Darum Zusammenarbeit mit den geeigneten öffentlichen Institutionen, Dienstbarmachung dieser Mittel für unsere Zwecke.

Unsere Bewegung ist bereits zu groß, hat zu weite Aufgaben zu erfüllen, als daß man sich auf dem Gebiet der Bildungsarbeit ängstlich einsperren könnte, aus Furcht, die reine Lehre könnte beeinträchtigt, die sozialistische Ueberzeugung des Schülers gefährdet werden. Also heraus aus dem Ohetto.

V. Hartig.

## Berufswahl

### Aus Neigung oder aus Ueberlegung?

Der Vater glaubte sein Kind zu kennen und hatte sich, wie Väter es zu tun pflegen, ein Bild davon gemacht, was aus ihm werden sollte. Mehr als er, selbstverständlich; er hatte es ja über einen Kupferschmied an der Werkbank hinausgebracht. Nun, da alles anders gekommen ist, gehet er zu den Enttäuschten, zu den Vätern, die ihr Kind nicht begreifen, zu den Verärgerten, weil er glauben darf, recht behalten zu haben und das Kind doch nicht zu ihm zurückfindet und zu der Befolgung väterlicher Einsichten.

Das Mädchen war nach seinen geistigen Fähigkeiten gut veranlagt, vielleicht mehr ein männlicher denn ein weiblicher Typ. Geschichtliche, wirtschaftliche, rechtliche Ueberlegungen waren ihm geläufig; der Intellekt griff schnell zu und forschte scharf nach; mündlich gewandt, in der schriftlichen Darstellung flott und klar, aber mehr mit konstruierendem Verstande arbeitend als mit Gefühl, Phantasie und Instinkt; so konnte der Vater die Fähigkeiten seines Kindes schildern. Und er brauchte nicht abzurufen, als dieser ihm darstellte, wie er sich die Zukunft des Mädchens dachte. Es sollte zur Zeitung, das war seit langem heimlicher Wunsch und Wille bei ihm. Nicht etwa gleich als Belehler in die Redaktionsstube, sondern zunächst in die geschäftliche Abteilung. Dort konnte es Buchhalterin, Stenotypistin oder sonst etwas werden, sich auf alle Fälle eine berufliche Existenz verschaffen. Von dieser Plattform aus schien ihm dann, wenn die Entwicklung eine stetige blieb, der Sprung zur Hilfeleistung in der Schriftleitung nicht unmöglich zu sein, und alles weitere müsse sich dann finden.

Schon der erste Schritt mißlang, ohne Schuld allerdings der Beteiligten. Es war keine Lehrstelle nach den Plänen des Vaters zu finden. So wurde das Mädchen Stenotypistin — irgendwo, wurde aber bald eine tüchtige Arbeiterin, geschätzt vom Chef wegen ihrer Selbstständigkeit und Zuverlässigkeit, was in einer guten Bezahlung seinen wohlgefälligen Ausdruck fand.

So günstig es schien, ein Anknüpfungspunkt für eine Berufsentwicklung sollte nicht darin enthalten sein. Das Mädchen entdeckte plötzlich Anlagen und Fähigkeiten in sich, auf die bisher niemand geachtet hatte, weder Vater noch Mutter, auch nicht die Schule: es entdeckte die Neigung zum Künstlerischen. Bewußt, als musikalisch hatte sie schon immer gegolten; in der Turnstunde zeigte sie sich gewandt und sicher in der Beherrschung ihres Körpers; ihre Briefe und Berichte von den Fahrten mit den Jugendgenossinnen verrieten ein überdurchschnittliches Können. Als sie jedoch eines Tages erklärte: „Nichts bringt mich mehr an die Schreibmaschine zurück, ich gehe zur Gymnastik!“, waren alle, die sie zu kennen glaubten, mehr als verwundert. Der Vater zürnte, daß die Tochter die gut bezahlte Stellung ausgab; die Mutter versuchte zu vermitteln und konnte es nur mit halbem Herzen. Der Arbeitskollege, dem der Vater von seinem Zorn sprach, hatte auch keinen Trost und erst recht keine Hilfe: „Nichts zu machen, das liegt in der Luft. Gymnastik ist heute Trumpf. Freue dich, daß sie nicht zum Film gelaufen ist, dabei gehen die meisten zugrunde. Ich kannte einen, der wollte nicht mehr Anstreicher sein, nein, Zeichner und Maler; nun geht er betteln mit seinen sogenannten Kunstprodukten von Tür zu Tür. Ein anderer satzte um vom Schriftlicher zum Schriftsteller; er verdient gerade soviel, daß er sein Papier bezahlen und seine Schreibmaschine abtrottern kann; für alles andere muß die Mutter des „Künstlers“ sorgen, die geht waschen.“

Die Stiebtöchter ging ihren Weg. Sie fühlte sich von der Zeitströmung getragen. Gute Freunde und Freundinnen, die der angehenden Gymnastikerin vielleicht gar Künstlerin, baldigten und ihr damit Vorschulforderungen darboten, halfen über Bedenken und erste Schwierigkeiten hinweg. Die Stimme des Intellekts, die ruhige Ueberlegung realer Notwendigkeiten schob man zur Seite. Den Intellektualismus zu bekämpfen, war ja sowieso eine der herrschenden Moden. Die Mutter wollte einem möglichen Glück nicht im Wege stehen. Der Vater, der ja einmal auch seinen Traum geträumt hatte, fühlte sich nicht berechtigt, ein entscheidendes Nein zu sprechen; er stimmte zu, und mehr, er hoff, soweit es sein bescheidenes Einkommen gestattete.

Die Ausbildung war erfolgt. Das Diplom bewies es.

Schwer genug war es gewesen unter harter Arbeit und mößlosen Entbehrungen. Ein neuer Lebensweg war offen — aber gleichzeitig auch schon wieder geschlossen. Ausbildungsstätten für Gymnastik gibt es in Fülle. Sie bilden junge Mädchen aus, ohne daß jemand danach fragt, ob die heutige Gesellschaft auch einen Bedarf an derartigen Kräften hat. Wer sucht heute eine Gymnastiklehrerin — also arbeitslos und ohne Unterstützung. Dem früheren Beruf innerlich vollständig entfremdet. Denken, Fühlen und Wollen waren so stark in die neue Richtung gedrängt, daß lieber weitere Entbehrungen in Kauf genommen wurden als Kontorarbeit. Und als Not doch einmal auf Stellenfunde trieb, hatten die Kaufherren für die gymnastisch gebildete Stenotypistin nur ein Adjektiv.

Vater, Mutter und Tochter fanden nicht mehr miteinander zurecht. Die Eltern sparten nicht mit Vorwürfen, daß die Tochter ihre Klugheit, ihren Verstand und ihre Fähigkeiten für das praktische Leben so gering geachtet und sie sich einer bräutlichen Kunst hingegeben habe. Das Mädchen zürnte den Eltern, daß sie nicht einsehen wollten, wie die allgemeine Wirtschaftslage an ihrer Lage schuld sei und nicht sie selbst. So folgte der inneren Trennung bald die äußere. In der einen Familie ein Zusammenbruch, für die Umwelt ein Schicksal unter Millionen, und deshalb ohne jede romanhafte Lösung. Am Beruf gescheitert. Oder ist die Frage des Berufs heute gar kein Problem mehr?

Bewußt, es muß Bäder und Kaufleute, Passchaffner und Ärzte geben und auch Gymnastiklehrerinnen. Aber den Bedarf bestimmt die Gesellschaft und nicht die Neigung des einzelnen. Wer bei der Berufswahl nur seinem Gefühl folgt, handelt als halber Mensch. Und welcher Vater würde nicht zürnen, wenn der Sohn oder die Tochter, vielleicht gar aus romantischen Einfällen, den absehbar sicheren Beruf hinwirft, um seiner Neigung zu leben. Jung und alt, Verstand und Gefühl werden bei solchen Anlässen oft verschiedener Meinung sein, und im Einzelfall wird die stärkere Seite siegen. Für die allgemeine Beurteilung müßte sich jedoch ein unlosender Standpunkt finden lassen. Was meinen Sie zu folgendem: Die Gesellschaft kann nicht jedem ihrer Mitglieder Gelegenheit geben, sich nur nach Lust und Neigung zu betätigen, also garantiert sie es aus Gerechtigkeit niemandem; sie muß aber jedem die Möglichkeit verschaffen zu arbeiten, damit er seine Existenz erhalten kann. Wer darüber hinaus das Bedürfnis hat, sich nach seinen persönlichen Wünschen zu beschäftigen, hat das mit sich als Individuum auszumachen. Oder kennt jemand einen anderen Grundlag, der zugleich gerecht und möglich ist?

Aevermann.

## Von der Schulzahnpflege

### Wieder Kupferfüllungen in den Berliner Schulkliniken

Seit Bestehen des Zentralkomitees für Schulzahnpflege wurden Borkenzahnfüllungen hauptsächlich mit Kupferamalgame gemacht. Gesundheitsbedenken waren nicht beobachtet worden. Da erschienen vor einigen Jahren die beunruhigenden Mitteilungen Stods, monach das genannte Füllmaterial in besonderer Nähe Quecksilberergüssen heroorufen solle. Die Stadt Berlin hob seinerzeit das bis dahin bestehende Verbot der Verwendung von Silberamalgamefüllungen in den städtischen Schulzahnkliniken auf, hat jedoch die Verwendung von Kupferamalgame gestatt.

Sorgfältige Untersuchungen haben ergeben, daß normalerweise Quecksilber im menschlichen Stoffwechsel allgemein vorkommt. Wenn es sich auch um minimale Mengen, nämlich um Tausendstelmilligramm pro Tag handelt. Quecksilberauscheidungen spielen somit unterhalb einer gewissen Grenze für die menschliche Gesundheit keinerlei Rolle. Aus Sparmaßregeln hat jedoch die Stadt Berlin Ebellegierungen als Füllungsmaterial in den Schulzahnkliniken verboten. Für die Arbeiten mit Quecksilber sind kürzlich vom Hauptgesundheitsamt der Reichshauptstadt strenge Vorschriften ergangen. Die Vorbereitung der Füllungen geschieht in besonderen Räumen durch sogenannte Amalgamschwestern. Kupfer darf nur noch in Form von Kupferzinnamalgame verwendet werden.



# Autofahrer protestieren gegen neue Steuern!

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club hatte gestern zu einer Protestversammlung gegen die geplante neue Besteuerung des Kraftfahrzeugwesens aufgerufen. Der große Kaiserhof im Rheingold war überfüllt, über 2000 Personen anwesend, viele fanden keinen Einlass mehr. In seinem einleitenden Referat definierte Diplomingenieur Filler vom ADAC die Stellung des Finanzministeriums dem Kraftfahrzeug gegenüber dahin, daß man offenbar die Kraftfahrzeughaltung immer noch als einen Luxus betrachte, der ebenso wie die Automobilindustrie steuerlich noch lange nicht voll erfasst ist. Daß aber das Auto in allen seinen Formen — als Personwagen, als Last- und Verkehrsfahrzeug — längst ein Gebrauchsgegenstand geworden ist, der der Allgemeinheit dient, scheint den Steuermachern bisher entgangen zu sein.

Der Referent ging insbesondere auf die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Besteuerung der Kraftfahrzeuge ein und erklärte die beabsichtigte neue Belastung des Kraftfahrzeugwesens als völlig untragbar. Ein Umding sei aber auch der Spritbeimischungszwang für Brennstoffe aller Art. Eine Unterfügung der notwendigen Landwirtschaft durch die behördlich vorgeschriebene Abnahme eines bestimmten Spirituskontingents komme überhaupt nicht in Frage, denn von den 40 Millionen Tonnen Kartofohlen, die als Normalenergie im Jahre anfallen, würden nur 1,5 Millionen Tonnen zu Spiritus verbrannt. Wenn von diesem an sich schon geringen Prozentsatz auch wieder nur ein Teil als Beimischung für die Brennstoffe verwendet wird, so kann man sich leicht ausrechnen, wie gering die „Unterfügung“ der Landwirtschaft durch den Spritbeimischungszwang nur sein kann. Wenn die Beimischung des Benzins mit Spiritus abgelehnt wird, so aber auch deswegen, weil eine auch nur 2 1/2-prozentige Beimischung des Benzins für das Liter um 2 Pf. höher schraubt. Dabei ergibt sich als Kuriosum, daß eingeführtes Rohöl frei Hamburg 8 Pf. das Liter kostet, daß aber die Spritbrennereien für den Liter Spiritus 80 Pf. erhalten müssen.

So stelle sich der Spritbeimischungszwang als eine Liebesgabe an die Schnapsbrenner dar, die noch dazu nur von einer Gruppe in der Bevölkerung, nämlich den Kraftfahrzeughaltern aufgebracht werden muß. Die Annahme des Reichsfinanzministeriums, daß sich das bisherige Steuersystem bewähren habe, beruhe, so führte Filler weiter aus, auf einem Irrtum, da in der winterlichen, verkehrsarmen Zeit in Deutschland Hunderttausende von Kraftwagen stillgelegt und von der Steuer abgemeldet werden, weil die Ausgaben einfach nicht mehr aufzubringen sind. Bei alledem sollen die Zoll- und Steuererhöhungen nicht etwa, wie ursprünglich bei der Kraftwagensteuer vorgesehen war, der Wegeunterhaltung zugeführt werden, sie sollen vielmehr im allgemeinen Finanzhaushalt verschwinden. Nicht der Kraftfahrer sei der Nutznießer der Straßen, sondern die Allgemeinheit wäre der Nutznießer des Kraftverkehrs, so schloß der Referent unter starkem Beifall.

Eine Resolution, die den Wegfall des Zuschlages der Pauschsteuer, den Wegfall des Spritzwanges, die Herausgabe der Zollmilitären für den Wegebau, die Senkung der Pauschsteuer und eine Rationalisierung des Wegebauverlangt, wurde ohne Widerspruch angenommen.

Die Diskussion hatte der Reichstagsabgeordnete Wolffath von der Wirtschaftspartei zur Propagierung der Arbeitsdienstpflicht mißbraucht.

## Das Hallensportfest am 7. März

Der Kreisvorstand des ersten Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gibt bekannt, daß das für den 8. März im Berliner Sportpalast angeordnete Hallensportfest besonderer Umstände wegen bereits Sonnabend, 7. März, 20 Uhr, stattfindet. Karten sind im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen zu haben.

## Sie boxen um Brot und Milch

Der größte Teil der deutschen Box-Professionals ist nicht auf Rosen gebaldet, die wirtschaftliche Schwere Zeit kostet mehr noch als alle auf anderen Gebieten auf dem professionellen Kampfsport. Hier neue ertragreiche Wege zu finden, ist Zweck und Ziel einer Veranstaltung, die für Mitte Februar in Berlin geplant ist. Nach amerikanischem Muster ist ein Boxgroßkampfstag in Vorbereitung, dessen Reinertrag zum Besten des Reichs-Richtschusses verwendet werden soll. Die in Frage kommenden Behörden haben ihre prinzipielle Zustimmung bereits erteilt.

## Michels Glück und Ende

Zu den Opfern der Arbeiterfreundlichkeit der „Roten Fahne“, die infolge des Seherstreits auf Pfoster flohen, gehört auch der Arbeiterportier, Kreisportwart Michael Zeilinger. Der war früher ein geheimes Mitglied der Arbeiterkassen und hat sich weidlich mit ihnen herumgeschlagen müssen. Man stellte ihn in jenen Kreisen

gern als komische Figur hin, weil sein Wesen stets ein sonderbares Gemisch von Inkongruenz war. Als dann Zeilinger aber eine Seherstelle in der „Roten Fahne“ bekam, änderte er zwar nicht sein Wesen, aber doch seine Frontstellung. Fortan ging er mit seinen früheren Feinden durch die Welt. Jetzt hat er den Lohn für seine Treue in Form von Stockschlägen auf den Rücken bekommen. Ein warnendes Beispiel für alle, die vom Sowjetpapst essen.

## BSC. Eishockeymeister

Am 13. Februar spielen Arbeitersportler im Sportpalast

Das mit Rücksicht auf die schlechten Eisverhältnisse auf dem Rießersee bei Garmisch nach dem Berliner Sportpalast verlegte Finale um die deutsche Eishockeymeisterschaft zwischen dem Berliner Schlittschuhclub und VfB-Königsberg wurde vor zahlreichem Zuschauern gestern entschieden. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die Ostpreußen, die in der Vorrunde überraschend den SC. Rießersee hatten ausschalten können, hoch mit 9:2 (1:2, 4:0, 4:0) Toren geschlagen. Die Gäste begannen insofern recht verheißungsvoll, als es ihnen gelang, durch Zibburles ein Tor vorzutreten. Rudl Ball erzielte zwar bald den Ausgleich aber noch vor der Pause verhalf Jäncke durch Selbsttor dem VfB. abermals zur Führung. Vom zweiten Drittel ab machte der BSC. Ernst, aller Eifer der Königsberger nicht, sie wurden glatt distanzert. Jäncke schloß im zweiten Abschnitt alle vier Tore, und im Schlußdrittel fielen weitere vier Treffer durch Jäncke, Ball und Holsboer. Alle noch so gut eingeleiteten Angriffe des Ostpreußenmeisters scheiterten an der guten und harten Hintermannschaft des BSC.

In diesem Winter hat die Verbreitung des Eishockeyspiels im Arbeiter-Turn- und Sportbund einen erfreulichen Aufschwung genommen. Wenn es noch nicht überall betrieben wird, so liegt das an den schlechten Trainingsmöglichkeiten. Wo aber einigermaßen günstige Bedingungen dafür gegeben sind, treiben heute Arbeiterportier die linke Scherbe über das Eis. Zentren des Eishockeyspiels sind vor allem Ostdeutschland, Süddeutschland, einige kleinere Bezirke in Mitteldeutschland und Berlin. Aus dieser Verteilung geht klar die Gebundenheit an die günstigeren Eisverhältnisse hervor. Eine besondere Prüfung der Eishockeyspielbewegung in der internationalen Arbeitersportbewegung wird anlässlich der zweiten Arbeitersport-Olympiade vom 4. bis 8. Februar in Würzburg abgehalten werden. Dort treffen die Ländermannschaften von Österreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Finnland, Lettland und Deutschland aufeinander. Wer hier der Beste ist, läßt sich schwer voraussagen. Infolge ihrer besser trainierten Eisläufer, die auch das schnellste Tempo durchsetzen sollten, dürften Finnland und Lettland an der Spitze zu sehen sein, vorausgesetzt, daß sie sich inzwischen mit dem Spiel mit der Scheibe abgefunden haben. Früher wurde in diesen Ländern das sogenannte Bandy mit dem Ball gespielt.

Die Berliner sportfreundliche Arbeiterschaft wird Gelegenheit haben, die Spieltechnik der lettischen Mannschaft am 13. Februar im Sportpalast kennenzulernen. An diesem Tage veranstaltet der 1. Kreis im Arbeiter-Turn- und Sportbund einen internationalen Eishockey-Länderwettkampf Lettland-Deutschland, wobei den lettischen Sportlern eine deutsche Mannschaft, kombiniert aus Königsberger und Berliner Spielern, entgegengesetzt wird. Im Rahmenprogramm werden lettische und deutsche Kunstläufer und Schnellläufer der Arbeitersportbewegung wirken.

## „An die Wand!“

Doch der Delinquent wehrt sich

Fritz Wildung, der Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege bittet uns um die Veröffentlichung folgender Ausführungen in „eigener Sache“:

Die „Rote Fahne“, die eben ihre Arbeiterfreundlichkeit durch den Hinauswurf ihrer organisierten Seher bewiesen hat (das gefürzte Verfahren des An-die-Wand-Stellens konnte sie leider noch nicht anwenden), hat einen neuen Rekord errungen. Auf meine Bemerkung, daß ich zu gegebener Zeit die Sportredakteure der Berliner Kommunistenblätter wieder als Mitarbeiter an der „Sportpolitischen Rundschau“ engagieren werde, um nicht an die Wand gestellt zu werden, schreibt sie, daß „ein Redakteur der „Roten Fahne“ an den Blättern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und seines 1. Kreises mitgearbeitet hätte“.

Daß die „Rote Fahne“ den Weltrekord im Balkenbiegen hält, war mir bekannt. Ich registriere, daß sie daneben auch die Weltmeisterschaft im Haltschlagen inne hat. Wer hat denn von den Blättern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und seines 1. Kreises gesprochen? Ich nannte die „Sportpolitische Rundschau“, und die ist das Blatt der Zentralkommission. Ihre Vorgängerin war die „Deutsche Arbeiterzeitung“. Beide Blätter sind den Sportredakteuren der Berliner Kommunistenblätter sehr gut bekannt.

Sie haben daran auch nach der Gründung des kommunistischen Spaltverbands teils noch lange mitgearbeitet, teils ihre Mitarbeiterchaft aufs neue angeboten.

Schließlich sah ich mich genötigt, aus politischen Realitätsgründen ihnen den Stuhl vor die Tür zu setzen. In diesen Tatsachen gibt es nichts zu drehen und zu deuten; sie werden durch Originalschreiben und Postschekquittungen belegt. Warum regt sich die „Rote Fahne“, die mich in dieser Sache nur in ihrem Sportteil interessiert, über diesen Tatbestand so auf? Ich bin stets gewohnt, auch dem Gegner, der ehemals Freund war, fair play zu geben. Warum halten die Sportredakteure der Kommunistenblätter es nicht auch mit dieser Berufsfaule? Sie dürfen wohl nicht — nicht nur Adel verpflichtet. Aber schließlich: Der Bien muh!

## Der Fichtehaisch

leidet an Verdauungsbeschwerden

Run hat der kommunistische Haisch sich vollgefressen. Die große „Zentralisation“ des Berliner Kommunistensportes ist fertig, man hat glücklich alles unter einem Hut. Run hat das Ungeheuer auch schon arge Verdauungsbeschwerden, denn es hat viel widerborstiges Kropfzeug mit verschluckt, das ihm schwer im Magen liegt. Einige Gruppen sind aber auch dem Gehege seiner Zähne entgangen. Der Ruderverein „Freiheit“ hat Erlaubnis bekommen, selbstständig zu bleiben. Man hat den Dr. Somier, den kommunistischen Anwalt, in den Verein sozusagen als Kurator entsandt, damit er nicht ganz ausbricht. Der Grund für dieses Verhalten liegt in finanziellen Schwierigkeiten des Vereins, der ein großes Bootshaus besitzt.

Vom Schwimmverein „Vorwärts“ ist ebenfalls eine Gruppe ausgebrochen und will die alte Firma weiterführen. Aber auch der Schwimmverein „Fichte“ selbst hat Federn lassen müssen. Aus dem Bezirk Kreuzberg hat sich eine Gruppe losgelöst und ist zum Bunde zurückgekehrt. Sie hat sich den Namen „Fichte“ durch Eintragung in das Vereinsregister sichern lassen, in der Meinung, daß der alte Verein „Fichte“ aufgehört hat zu bestehen. Nach Rechtsbelehrung durch den Anwalt Samter ist sie zu dieser Annahme berechtigt. (Die Belehrung hat sie den Prozessschriften dieses Anwalts entnommen.) Auch auf dem Wedding hat sich aus Fichteleuten ein neuer bundestreuer Verein gebildet. Mit den bereits früher abgeklärten Gruppen sind nun genügend Vereine vorhanden, um weitere Aufspaltungen aufzunehmen. Aber auch verschiedene jetzt gelöste Vereinsfirmen werden voraussichtlich fortgeführt werden und den Anschluss an den Bund finden. Es wird sehr der Guerillakrieg gegen den „Kofol“ auf tönernen Füßen mit allen Mitteln der Technik geführt werden; es wird sich dann erst deutlich zeigen, wer in Berlin den Arbeitersport führt.

## Kleiner Sport

von überall

Schnelling nach Amerika unterwegs. Mit dem Lohndampfer „Europa“ hat sich Max Schnelling am Mittwochmorgen von Bremerhaven aus nach New York eingeschifft. Bevor er das Training zum nächsten Weltmeisterschaftskampf aufnimmt, wird Schnelling zunächst am 10. Februar, eine Schaufelpresse durch die Südstaaten von USA, antreten, die bis Mitte April dauern soll. Wie wir hören, soll Schnelling in 28 Staaten von Nordamerika auftraten und für jeden Abend 7500 Dollar erhalten.

Eder gegen Volkmar im Spühering. Ein Weltgewichtstreffen bildet die Hauptnummer der Freitag, 23. Januar, im Berliner Spühering stattfindenden Boxkämpfe. Der deutsche Meister Gustav Eder wird mit dem Berliner Erwin Volkmar seine Kräfte messen. Otto Lauer, Saarbrücken, der kürzlich gegen Walter Funke, Berlin bereits in der ersten Runde wegen Tiefstufes verlor, erhält nochmals Gelegenheit, mit dem Berliner zu kämpfen. Ferner boxen Fritz Engel, Köln und Peter Drehsopf, Düsseldorf, Nortermann, Berlin und Ebel, Hannover sowie die Qualifikanten Wajahn, Nowames und Fritz Schlag, Berlin.

„Müggelberge hinterum“ ist das Stichwort für eine Sonntagswanderung, veranstaltet von der Führeraktion des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, die Sonntag, 25. Januar, stattfindet. Sie führt von Rahnsdorf über die Spree, durch das Naturschutzgebiet „Krumme Lanke“ zu den „Grottenhütten“ an der Müggelheimer Krämpfe und dann über die hinteren Müggelberge nach Treblichsdagen. Treffpunkt 9 1/2 Uhr an der Endstation der Strahnenbahnlinie 187 in Rahnsdorf. Fahrgeld insgesamt 60 Pfennig. Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sind zu dieser Wanderung willkommen.

## Bundesneue Vereine teilen mit:

Ferle Wasserfahren Alpenland 1934. 22. Januar, 20 Uhr, Sitzung aller Funktionäre bei Deutscher Gartenstr. 65. 24. 26. Januar, Bootpartie zur Dahlemer, Treffpunkt: 24. Januar, 17 1/2 Uhr, Rahnsdorf, Adlershof. Gabe willkommen. Die auf diesen Tag festgesetzte Monatskassa fällt aus.  
 Ferle Fußballer Berlin, e. V. Donnerstag, 22. Januar, 19 1/2 Uhr, Besprechung der Arbeitshaltung des Arbeiter-Fußball-Bundes im Schmalenpark, Reuterstr. 24. Dort Fabrikantenkassa.  
 Ferle Sportverein Reinickendorf-Bell. Samstag, 24. Januar, 20 Uhr, bei Seidlich, Edmannstr. 45, Eichenstraße, Generalversammlung.  
 Ferle Mann-Linien Groß-Berlin, e. V. 24. 26. Oberbürger, Freitag, 22. Januar, 20 Uhr, Sitzung, „Aus Gibe“, Reuterstr. 24, Reuter-Friedrich-Edz Sozialklub.

Donnerstag, 22. 1. Staats-Oper Unter d. Linden 143. A.-V. 19 Uhr Der Rosenkavalier Ende 23 Uhr

Donnerstag, 22. 1. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr Tiefland Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper im Platz der Republik. 19 1/2 Uhr Hoffmanns Erzählungen (offiziell, Kartenvorverkauf) Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charitb. 20 Uhr NORA. Ende 22 1/2 Uhr

PLAZA Tagl. 5 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 5, u. 8 1/2 Alex. E. 4 8000

1. Vorstellung 50 Pf. bis 1 M. II. und III. Vorstellung 1 bis 2 M. 16 Alfred-Juchau - Giris Willy Bolosko um

GROSSES SCHAUPIELHAUS TAGL. 8 UHR

Im weißen Rössl

Bissspield in vielen Bildern. Sonntag Originalbesatz. Billige Preise.

Regie: Erik Charell

Volksbühne Theater am Blüppplatz. 8 Uhr Hans Albers in Liliom von Franz Molnar Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Nora Theater am Schillingquodamm 8 1/2 Uhr Die Quadratur des Kreises

Deutsches Theater 8 Uhr Elisabeth von England von Ferd. Brückner Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele 7 1/2 Uhr Heute zum ersten Male Pariser Platz 13 von Vicki Baum Regie: Carl Schabus Bühnenbilder: Ernst Schütte

Die Komödie 8 1/2 Uhr Die Fee von Franz Molnar Regie: Stefan Bock.

Deutsches Künstler-Theat. Barbarossastr. 3937. 8 1/2 Uhr Zum goldenen Anker mit Käthe Borsch Sonntag, 25. Jan. 4 Uhr Premienerziehung „Zum goldenen Anker“ Halbe Preise.

Renaisance-Theater Steinplatz 6780 8 1/2 Uhr MUB DIO KUH Milch geben? mit Albert Buzemann

Winter-Garten 8 1/2 Uhr. Tent. 2819. Rauchen erlaubt. Codons / Litzel / 8 Songs 8 Superh / 8 Brokers Bärenschau usw.

THEATER ADMIRALSPALAST Tagl. 8 1/2. Merkur 9901, 9877

Auf den Fleok Kleine Preise

Lustspielhaus Kurt Götz Täglich 8 1/2 Uhr Der Lügner u. die Nonne

Neues Theater am Zoo im Bahnh. Zoo, Stpl. 6554 Täglich 8 1/2 Uhr Der gr. Lächerloig! Wiederaufreten Guido Thielscher Das orientische Aergernis Preise 1 bis 8 M.

Zimmer 1 Bett M. 7.-b. 11.- 2 Bett 14.-bis 22.- Bad M. 3, Sa'on 10

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag Nachmitt. 3 1/2 Uhr Stettiner Sänger Das grandiose Januar-Programm! Nachm. ermäßigte Preise!

Dönhoff - Brett! 10 große Variet-Nummern! Tanz! Kapelle Hans Sixtus.

Barnowsky-Bühnen Theater in der Stresemannstr. 8 1/2 Uhr Amphitryon 38 Komödie von Jean Giraudoux Inszenierung: Victor Barnowsky Komödienhaus 8 1/2 Uhr Cocktail von Volkmüller u. Benatzky Berliner Theat. 8 1/2 Uhr Die Regimentstochter von Donizetti

Theater am Schill Bauerdamm Norden 5813 u. 6251 Täglich 8 Uhr Zum 50. Male: Die Quadratur des Kreises Lustspiel v. Kataljew Regie: v. Wundtshaus Preise von 1-12 M

SCALA Tagl. 5 u. 8 1/2 Uhr - 8 5 Barb. 9250 Nachm. 50 Pf. bis 3 M. Abends 1-6 M

Bentell u. Gould, Lino-Tris Schafers Künstler-Neues usw.

HANS VATERLAND

Perle erntungs Restaurant Berlins

BETRIEB KEMPINSKI

Komische Oper 8 1/2 Uhr Peppina Operette von Robert Stolz

Metropol-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Richard Tauber in: Schön ist die Welt Operette von Lehar

Kleines Theat. Täglich 8 1/2 Uhr: Der Seelenforscher Komödie von Fritz Mack Traute Flamme. Kaufmann, Farenburg

Elite-Sänger Kottbuser Str. 9 F. A. Oberb. 6079 Tagl. 8 1/2 Uhr Sonntags um 3 1/2 Uhr „Das macht uns keiner wech“ das Gespiel Claire WILDGOTT! Nachm. ermäßigte Preise!

Berliner Uk-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75

keine höheren Preise

Et Eine Großmächter in europäischen Hotels

Berlin HOTEL L'ARABE EXCELSIOR

Rose-Theater Br. Frankfurter Str. 132 Tel. Alex. 3422 u. 3494 8 30 Uhr Zwangs- einquartierung 8 1/2 Uhr Die Dollarprinzessin

Lessing-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Mamsell Nitroude Operette von Heide Erka v. Thellmann, Max Adalbert

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Sensationeller Operettenfolge

Viktoria und ihr Husar

Piscator-Bühne (Wallner - Theater) Alex. 4592-93. Täglich 8 1/2 Uhr „Tai Yang erwacht“ von Friedrich Wolf Regie: E. Piscator Heute geschlossene Vorstellung